

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 1

Betr.: Das Grundsatzprogramm der FDP Baden-Württemberg

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Prolog

Die freiheitliche Ordnung unserer Gesellschaft steht erneut vor einer Bewährungsprobe.

Die Menschen sind durch verschiedene Krisen und die zunehmende Komplexität der Welt verunsichert. Konservative und Sozialisten nutzen diese Verunsicherung, um für ihre autoritären und kollektivistischen politischen Ideen zu werben.

Wir Liberalen wissen, dass Menschenwürde, Wohlstand und soziale Verantwortung weder in autoritär geführten Staaten noch in kollektiven Systemen gedeihen können – die Geschichte des 20. Jahrhunderts und der weltweite Vergleich zeigen, dass Gesellschaften den Weg in autoritäre oder kollektive Systeme stets mit Freiheits- und Wohlstandsverzicht und Einbußen an Lebensqualität bezahlt haben.

Deshalb werben wir Liberalen unbeirrt für die freiheitliche Gesellschaft und die marktwirtschaftliche Ordnung. Wir alle verdanken dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität.

Angst und Misstrauen taugen nicht als Antrieb einer modernen Gesellschaft, sie lähmen den Fortschritt und untergraben das Fundament der Gesellschaft. Wir dürfen Freiheit und Vernunft nicht auf dem Altar der Illusion absoluter Sicherheit opfern.

Wir wissen, dass die freiheitliche Gesellschaft auf die menschliche Vernunft baut, die in Gestalt von Bildung, Wissenschaft und Kultur das belastbare Fundament unserer freiheitlichen Ordnung ist.

Wir vertrauen dem freien Menschen, seiner Vernunft und seinem gebildeten Gewissen.

Wir vertrauen den Familien und den selbstgewählten Gemeinschaften als stabile Waben unserer Gesellschaft und als Orte menschlicher Wärme und gelebter Solidarität.

Wir vertrauen der Kraft eines lebendigen gesellschaftlichen Diskurses.

Wir vertrauen der Leistungsfähigkeit freier Unternehmen, ihrer Verantwortung und der regulierenden Kraft des Wettbewerbs.

Wir vertrauen dem technischen und medizinischen Fortschritt und dem gewissenhaften Umgang mit seinen Ergebnissen.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 2 -

Antrag Nr. 1

Wir vertrauen den gewachsenen und gestalteten Strukturen unseres Landes und dem verantwortlichen Umgang der Menschen mit ihrer Heimat.

Und wir vertrauen dem Staat in seiner Funktion als Diener der Gesellschaft.

Das sind die sieben Säulen einer menschlichen Gesellschaft, in der Menschenwürde, Wohlstand und soziale Verantwortung gedeihen können. Gestützt auf diese Säulen werden wir auch im 21. Jahrhundert die Zukunft gewinnen.

Unser Vertrauen ist nicht bedingungslos. Wir brauchen Persönlichkeiten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die in ihrem Handeln ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Staat und Gesellschaft müssen diese Verantwortung einfordern.

Wir wollen die Menschen nicht nach unseren Vorstellungen formen. Unsere Ideale orientieren sich an den Grundbedürfnissen der Menschen.

Wir wollen möglichst viele Menschen überzeugen, mit uns gemeinsam für dieses erfolgreiche und zukunftsfähige Gesellschaftsmodell einzutreten und es im Wettbewerb der Ideen durchzusetzen.

Deshalb legen wir dieses Grundsatzprogramm der baden-württembergischen FDP vor. Es erklärt, woher wir kommen. Es macht sichtbar, wofür wir stehen. Und es ist der Auftakt für die Entwicklung unserer langfristigen politischen Ziele.

Präambel

(1) **Die Idee des Liberalismus** prägt seit **Beginn** des 18. Jahrhunderts zunehmend die europäische Geschichte: Die Idee einer freiheitlichen Gesellschaft, in der die Menschen in Freiheit und Verantwortung ihre Zukunft selbst gestalten und in der dem Staat keine absolute Macht und auch keine geistig-moralische Führung **zukommt**, sondern nur die Funktion eines loyalen Dieners bei der Erfüllung weniger Kernaufgaben.

(2) Die Idee des Liberalismus hat sich im 19. Jahrhundert **gegen die Kräfte der Restauration**, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einem schmerzlichen Prozess **gegen den Totalitarismus** und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts **gegen den real existierenden Kommunismus** durchgesetzt. Der Kampf gegen die Feinde der Freiheit hat viel **Courage erfordert** und **zu** viel Blutvergießen **geführt**. Wir fühlen uns all denen verpflichtet, die im Kampf für die Freiheit Leib und Leben eingesetzt und verloren haben.

(3) **Die Idee des Liberalismus ist im deutschen Südwesten** von Anfang an auf fruchtbaren Boden gefallen. Sie korrespondiert mit dem Lebensgefühl und dem besonderen Selbstbewusstsein der Badener und Württemberger und prägt in besonderem Maße die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region. Viele Gedanken des Liberalismus sind im Denken und Fühlen der Menschen in Baden-Württemberg tief

.../3

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 3 -

Antrag Nr. 1

verwurzelt: Wir sprechen zu Recht vom Stammland der Liberalen.

- (4) Mit dem Grundgesetz, seinem Bekenntnis zur Menschenwürde und den unveräußerlichen Menschenrechten, mit der Anerkennung der Grundrechte als Grenzen staatlicher Befugnisse und mit der Schaffung eines demokratischen Rechtsstaates sind die **Grundzüge des Liberalismus zur verbindlichen Grundlage von Staat und Gesellschaft** in Deutschland geworden. Sie werden in den Grundzügen von allen demokratischen Kräften in unserem Land geteilt und vom Bundesverfassungsgericht in eindrucksvoller Weise gegen politische Fehlentwicklungen verteidigt.
- (5) Die freiheitliche Gesellschaft hat sich als eine Lebensform erwiesen, in der jeder Mensch nach seinen Vorstellungen und nach Maßgabe seiner Möglichkeiten **sein Glück erstreben** kann und in der für alle **ein wirtschaftlicher Wohlstand** möglich ist, von dem unsere Vorfahren noch vor wenigen Jahrzehnten kaum zu träumen wagten.
- (6) Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land sich auch im 21. Jahrhundert als freiheitliche Gesellschaft **begreifen** und die Früchte dieses erfolgreichen Gesellschaftsmodells genießen können. Deshalb werden wir gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften **allen Feinden der Freiheit entschlossen entgegentreten**, die zu totalitären Gesellschaftsmodellen zurück wollen und die Menschenwürde und Freiheit nicht als zentrale Werte achten.
- (7) Wir wollen die freiheitliche Gesellschaft auch **gegen jene politischen Rückschritte verteidigen**, die den Menschen Stück für Stück ihre Freiheit nehmen und damit Lebensqualität und Wohlstand beschneiden. Wir wollen die Idee der Freiheit auch für jene Bereiche fruchtbar machen, in denen bei uns auch heute noch Staatsgläubigkeit und die Idee einer zentralen Verwaltungswirtschaft vorherrschen.
- (8) Deshalb treten wir in einen **offenen demokratischen Wettbewerb mit Konservativen und Sozialisten**, die sich bei den politischen Weichenstellungen des Alltags nicht immer für die Freiheit, sondern immer häufiger für zentralistische und autoritäre Strukturen entscheiden. Für uns gilt: Die Idee der freiheitlichen Gesellschaft hat sich bewährt und soll auch in den kommenden Jahrzehnten Leitlinie und Grundlage unserer politischen Entwicklung sein.
- (9) Die besondere Herausforderung, vor der unsere Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts steht, ist **die zunehmende Komplexität unserer Welt und die Geschwindigkeit**, mit der sie sich verändert. Die Welt rückt immer enger zusammen, die Informationsmenge, mit der wir konfrontiert werden, wächst unaufhörlich. Als Reaktion darauf entstehen oft diffuse Ängste und der Ruf nach einfachen, gegebenenfalls auch autoritären Strukturen. Dieses Klima der Verunsicherung wird von unseren politischen Wettbewerbern genutzt, um in der Gesellschaft durch neue Gesetze und staatliche Eingriffe eigene Vorstellungen verbindlich zu machen.

.../4

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 4 -

Antrag Nr. 1

(10) Wir Liberale setzen uns dafür ein, dieser Versuchung nicht zu erliegen. Wir wissen, dass Freiheit und Wohlstand mit einem hohen Maß an Komplexität und Veränderung einhergehen. Wir alle profitieren von einer ausdifferenzierten Wirtschaft und Gesellschaft und davon, dass wir keine primitive, einfach strukturierte Gesellschaft mehr sind. Unsere liberale Antwort auf zunehmende Komplexität, Veränderungen und wachsende Ängste sind **Bildung, Wissenschaft und Kultur**. Sie sind die Fundamente einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft und sorgen dafür, dass wir die wachsende Komplexität nicht nur intellektuell und emotional bewältigen können, sondern der kommenden Entwicklung der Welt sogar ein Stück vorangehen.

(11) Wir setzen auch im 21. Jahrhundert auf eine **moderne, freiheitliche Gesellschaft**, die auf den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt vertraut. Dabei stützt sich unser Vertrauen vor allem auf sieben Säulen.

Säule 1

Wir vertrauen dem freien Menschen, seiner Vernunft und seinem gebildeten Gewissen.

(12) Der **Mensch** mit seiner Individualität und seiner unveräußerlichen Menschenwürde steht im **Mittelpunkt jeder freiheitlichen Gesellschaft**. Er ist der Maßstab allen politischen und gesellschaftlichen Handelns. Die Würde eines Menschen ist unabhängig von seiner sozialen oder nationalen Herkunft, unabhängig von seiner körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit. Jeder Mensch hat Anspruch auf Achtung und Wahrung seiner Menschenwürde und auf Respekt vor seiner naturgegebenen Autonomie.

(13) Der Mensch ist frei. Er soll die **Maximen seines Handelns** frei von äußerem Zwang bestimmen und realisieren können. Diese Freiheit ist dem Menschen von Natur aus gegeben und nicht von Staat und Gesellschaft verliehen.

(14) Der Mensch hat nicht nur ein unveräußerliches **Recht** auf seine persönliche Freiheit, er hat auch die **Pflicht**, von dieser Freiheit verantwortlich Gebrauch zu machen.

(15) Die Freiheit verlangt Entscheidungen, die ein Mensch nur dann verantwortlich treffen kann, wenn er die Wirkungen seines Handelns abschätzen und Alternativen sinnvoll bewerten kann. Dafür braucht der Mensch ein **Gewissen**, das durch Lebenserfahrung und eine wertorientierte Bildung und Erziehung entsteht. Es ermöglicht ihm, von seiner Freiheit mit Anstand Gebrauch zu machen und dabei die Freiheit und die Interessen anderer Menschen zu respektieren. Das so **gebildete Gewissen** ist wirksamer und wertvoller als jede staatliche Norm.

(16) Die Freiheit des Menschen erstreckt sich insbesondere auf die Gestaltung seiner **privaten Angelegenheiten**, in die Staat und Gesellschaft nicht eindringen dürfen. In der freiheitlichen Gesellschaft wird dieser Kernbereich der Autonomie geachtet und respektiert. Er ist nicht nur dem Zugriff des Staates entzogen, sondern in der Regel auch nicht Gegenstand des gesellschaftlichen Diskurses. Ziel liberaler Politik ist es, die Freiheit, die

.../5

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 5 -

Antrag Nr. 1

der Einzelne bei der Ausgestaltung seines privaten Lebens hat, nicht nur zu wahren, sondern auszubauen.

(17) Freiheit kann nur dann sinnvoll wahrgenommen werden, wenn der Mensch über die notwendige materielle Grundlage verfügt. Materielle **Armut** ist deshalb kein Gleichheits-, sondern **ein Freiheitsproblem** und für jede freiheitliche Gesellschaft eine Herausforderung, die sie nicht ruhen lässt.

(18) Staatlich organisierte Solidarität ist angesichts materieller Armut zu wenig. Der arme Mensch bedarf der **individuellen Förderung** durch die Gesellschaft, die ihn in die Lage versetzt, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten seine materielle Lebensgrundlage nachhaltig selbst zu erarbeiten. Das liberale Konzept des Bürgergelds beschützt die Bedürftigen vor den Zugriffen einer wuchernden Sozialbürokratie und ebnet den Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Das Beschneiden des Wohlstandes anderer Menschen löst das Freiheitsproblem des Armen nicht. **Liberale Politik strebt mehr Wohlstand für alle an, die zwanghafte Nivellierung von Wohlstand ist dafür kein geeigneter Weg.**

(19) Ein wichtiger Aspekt der äußeren Freiheit ist die **individuelle Mobilität der Menschen**. Sie gibt der Freiheit eine räumliche Dimension und lässt die **Menschen zusammenkommen**. Unternehmen aus Baden-Württemberg tragen mit ihren Ideen und Produkten weltweit erfolgreich zur Mobilität der Menschen bei. Wir erwarten, dass Staat und Gesellschaft mit den von ihnen gesetzten Rahmenbedingungen diese Mobilität fördern und nicht behindern. Wir bekennen uns zu einer ideologiefreien Verkehrspolitik.

(20) Freiheit ist auch die Freiheit, den Lebensmittelpunkt frei zu wählen nach eigenen Vorstellungen zu wechseln (**Freizügigkeit**). Als weltoffenes Land profitiert Baden-Württemberg von der biografischen Mobilität der Menschen: Migration ist in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht Ausnahme, sondern in vielen Biografien der Normalfall. Staat und Gesellschaft müssen diese Entwicklung endlich akzeptieren und die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass der Wechsel des Lebensmittelpunkts erleichtert und nicht durch bürokratische Hindernisse verstellt wird.

Säule 2

Wir vertrauen den Familien und den selbst gewählten Gemeinschaften, ihrer Autonomie und der Kraft der persönlichen Bindungen.

(21) Der Mensch ist **ein soziales Wesen**. Er verwirklicht die Maximen seines Handelns nicht allein, sondern **in selbst gewählter Gemeinschaft**. Diese selbst gewählten Gemeinschaften sind die Waben, die in einer freiheitlichen Gesellschaft Selbständigkeit, Schutz und Rückzugsmöglichkeit bieten. Sie halten die freiheitliche Gesellschaft zusammen und geben ihr in ihrer Vielzahl jene Stabilität, die sie braucht, um verlässlicher Lebensraum für die Menschen zu sein.

.../6

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 6 -

Antrag Nr. 1

- 1
2
3
4 (22) Die wichtigsten Verantwortungsgemeinschaften sind **Ehe und Familie**. Sie sind autonome
5 Nischen und zugleich die stabilen Keimzellen der freiheitlichen Gesellschaft. Staat und
6 Gesellschaft haben die **Autonomie des Familienlebens** zu respektieren und durch einen
7 rechtlichen Rahmen dafür zu sorgen, dass familiäre Strukturen den Menschen eine sichere
8 und dauerhafte Lebensgrundlage bieten. Die Familie ist der wichtigste Ort, an dem auch
9 ohne staatliche Anleitung Solidarität und menschliche Wärme gelebt und erlebt werden.
10
11 (23) Im 21. Jahrhundert wird die Institution der Ehe durch **alternative Lebens- und**
12 **Verantwortungsgemeinschaften** ergänzt, die in gleicher Weise Rückzugsraum und Ort
13 gelebter Solidarität und menschlicher Wärme sein können. Auch sie entlasten in gleicher
14 Weise wie Familien die Gesellschaft und tragen mit ihren auf Dauer angelegten Strukturen
15 zur Stabilität der freiheitlichen Gesellschaft bei. Sie verdienen deshalb in ähnlicher Weise
16 wie Familien Respekt und Förderung durch Staat und Gesellschaft.
17
18 (24) Das staatliche **Familien- und Erbrecht** muss sich daher loyal zur Institution Familie
19 verhalten. Rechtliche Gestaltungen, die die Entscheidung für die Familie erschweren oder
20 ihnen zusätzliche Lasten aufbürden, tragen dieser Verpflichtung des Gesetzgebers nicht
21 Rechnung.
22
23 (25) **Örtliche Gemeinschaften und Nachbarschaften**, in denen sich Menschen mit gleichen
24 Neigungen und Interessen zusammenfinden, sind weitere Waben, in denen sich soziales
25 Leben organisiert. In diesen freiwillig gebildeten und autonom gestalteten Gemeinschaften
26 wird aktive Solidarität gelebt. Sie tragen zum Heimatgefühl der Menschen bei und erzeugen
27 jenes Maß an Verbindlichkeit menschlicher Beziehungen, die kein staatliches Gesetz und
28 keine behördliche Aktivität je bewirken kann. Diese örtlichen Gemeinschaften haben in
29 Baden und Württemberg eine besondere Tradition und geben unserem Land seine Eigenart.
30
31 (26) Die weitgehende **Autonomie**, die eine freiheitliche Gesellschaft **den selbst gewählten**
32 **Gemeinschaften** belässt, führt zu kraftvollen persönlichen Beziehungen. Gegenseitiger
33 Respekt und Gemeinsinn begrenzen auf natürliche Weise den Spielraum jedes Menschen,
34 der sich in kleine Gemeinschaften einfügt. Deshalb kommt staatlichen Normen in diesem
35 Bereich nur eine untergeordnete Funktion zu. Der Staat und das Recht sollen
36 eigenständige Gemeinschaften möglich machen, ihnen Verbindlichkeit und Stabilität geben,
37 aber nicht durch Regulierung in ihre inneren Angelegenheiten eingreifen.
38
39 (27) Die **kleinen Gemeinschaften**, wie z.B. Vereine, Chöre, Orchester, Theatergruppen, sind
40 gerade in Baden-Württemberg **wichtige kulturelle Quellen**, die sehr zur Vielfalt und zur
41 Bereicherung unseres kulturellen Lebens beitragen. Sie verdienen Respekt und Förderung.
42
43 (28) Im Bereich des Wirtschaftslebens sind es **die kleinen und mittleren Unternehmen**, die
44 die Kraft kleiner Gemeinschaften für das Wirtschaftsleben fruchtbar machen. Ohne sie wäre
45 der immense wirtschaftliche Fortschritt der letzten 200 Jahre in Baden-Württemberg nicht
46 möglich gewesen. Diese mittelständische Struktur muss auch in Zukunft das
47 Markenzeichen der baden-württembergischen Wirtschaft sein.
48
49

.../7

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 7 -

Antrag Nr. 1

Säule 3

Wir vertrauen der offenen Gesellschaft und der Kraft des gesellschaftlichen Diskurses.

- (29) Die freiheitliche Gesellschaft ist die **Gemeinschaft aller Menschen**, die jenseits persönlicher Bindungen durch **einen gemeinsamen Kommunikationsraum** geschaffen wird und die ihre Identität durch einen lebendigen Meinungs-austausch und einen Wettbewerb der Ideen täglich neu gewinnt. Sie bedarf in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts keiner Rechtfertigung durch gemeinsame Abstammung und braucht auch keine juristische Konditionierung, sondern beruht auf der natürlichen sozialen Orientierung der Menschen, die in unserem Land räumlich dicht zusammenleben.
- (30) Kommunikation und Meinungs-austausch sind in der freiheitlichen Gesellschaft kein Selbstzweck, sondern Kraftquelle und Verbindung. Nur wenn alle Teile der Gesellschaft in diesen Kommunikationsprozess einbezogen sind, kann der gesellschaftliche Diskurs seine **produktive, stabilisierende und integrierende Wirkung voll** entfalten. Dabei kommt der gemeinsamen **deutschen** Sprache eine zentrale Bedeutung zu.
- (31) Wir brauchen deshalb Menschen, die **verantwortlich an diesem Diskurs teilhaben und ihn aktiv mitgestalten**, die nicht nur ihre eigenen Interessen artikulieren, sondern ebenso gemeinwohlorientierte Beiträge leisten und die wissen, dass die Stabilität einer freiheitlichen Gesellschaft auch auf der Qualität der gesellschaftlichen Kommunikation beruht. Daher kommt den **Medienschaffenden eine Schlüsselfunktion** in unserer Gesellschaft zu. Sie sollen die Triebfedern des gesellschaftlichen Diskurses sein.
- (32) Ihre **produktive Kraft** gewinnt eine offene Gesellschaft durch das Zusammenwirken der Menschen in einem **pluralistischen Wettbewerb der Ideen**. Deshalb sind Meinungs- und Pressefreiheit nicht nur wichtige individuelle Grundrechte, sondern unverzichtbare Grundlage einer produktiven Gesellschaft. Sie dürfen nicht angetastet werden.
- (33) Meinungsvielfalt stellt an die Beteiligten höhere Anforderungen als eine gelenkte Kommunikation. Wir brauchen Menschen und Institutionen, die sich **kraftvoll und mit klaren Positionen** am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen und jene fruchtbare Auseinandersetzung erst möglich machen, aus der sich gesellschaftlicher Fortschritt ergibt.
- (34) Die **Rolle des Staates** bei der Organisation des gesellschaftlichen Diskurses ist begrenzt. Seine Aufgabe ist es, wo nötig, **Orte zur Verfügung zu stellen**, an denen gesellschaftliche Kommunikation **stattfinden** kann. Dazu gehören die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die Schulen und Hochschulen, die Parlamente und die staatlichen Kultureinrichtungen – sie sind Kommunikationsknoten, die das lose Nebeneinander von Kommunikationsfäden zu einem Netz werden lassen.
- (35) Ihre **stabilisierende Wirkung** gewinnt die freiheitliche Gesellschaft, indem sie von allen Menschen **Verantwortung einfordert**. Grundlage dieses ethischen Diskurses sind gesellschaftliche Konventionen, die in fast allen Lebensbereichen wirksamer sind als

.../8

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 8 -

Antrag Nr. 1

staatliche Gesetze. Grundlage gesellschaftlicher Normen sind der natürliche Gemeinsinn der Menschen, auf den wir vertrauen, und eine lebendige Wertordnung, die durch einen verantwortlichen gesellschaftlichen Diskurs entsteht und von der Gesellschaft auch ohne staatliche Normierung als legitim akzeptiert wird: **Menschlicher Anstand und gegenseitiger Respekt** sind für das Funktionieren einer freiheitlichen Gesellschaft essentiell.

(36) Ihre **integrierende Wirkung** gewinnt eine freiheitliche Gesellschaft durch die Offenheit des gesellschaftlichen Diskurses und durch gesellschaftliche Solidarität. Niemand darf mit seinen existenziellen Problemen allein gelassen werden, **jedes menschliche Schicksal ist eine Herausforderung für die freiheitliche Gesellschaft.**

(37) Gerade die Gesellschaft im deutschen Südwesten zeigt, dass es viele Orte und Institutionen gibt, an denen sich **gesellschaftliche Solidarität** zeigt, ohne dass es dafür staatlicher Leitung bedarf: Das Spektrum reicht von den großen Freiwilligenorganisationen über die zahlreichen kirchlichen Einrichtungen bis hin zu Vereinen und ehrenamtlichen Engagements einzelner Menschen, die allen Mitgliedern unserer Gesellschaft zugute kommen. Wir Liberalen bekennen uns dazu, dass Menschen sich auch jenseits persönlicher Beziehungen bei existenziellen Herausforderungen Solidarität schulden und geben **sollen.**

Säule 4

Wir vertrauen freien Unternehmen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und der regulierenden Kraft des Wettbewerbs.

(38) Der **Markt**, auf dem freie Unternehmen im fairen Wettbewerb Güter und Dienstleistungen anbieten, hat sich in den zwei Jahrhunderten seit Einführung der Gewerbefreiheit als **Quelle zunehmenden Wohlstands und wirtschaftlichen Wachstums** bewährt. Ohne dass es des steuernden Eingriffs der Obrigkeit bedarf, bringt er Angebot und Nachfrage zur Deckung und sorgt dafür, dass die Menschen ein vielfältiges Angebot an Gütern und Dienstleistungen vorfinden, auf das sie zur Deckung ihres Bedarfs zurückgreifen können.

(39) Der Markt mit seinen dezentralen Entscheidungen entspricht dem **Menschenbild der freiheitlichen Gesellschaft**, das den Menschen als selbstverantwortlich handelndes freies Wesen begreift, sei es, dass er als Unternehmer Waren und Dienstleistungen produziert und anbietet, sei es, dass er als Verbraucher diese Güter nach Maßgabe seiner eigenen Vorstellungen nachfragt.

(40) Wir vertrauen auf den **freien Unternehmer als ehrbaren Kaufmann**, der weiß, dass er Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den Menschen trägt, mit denen er in wirtschaftliche Beziehungen tritt und deren Vertrauen er gewinnt. Der Wettbewerb selbst sorgt für die notwendige Regulation, indem er unprofessionelles oder unverantwortliches Unternehmerhandeln mit wirtschaftlicher Erfolglosigkeit bestraft.

.../9

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 9 -

Antrag Nr. 1

- 1
2
3
4
5 (41) Wenn die disziplinierende Kraft des Wettbewerbs nicht greift oder wo Wettbewerb nicht
6 stattfinden kann oder durch unlauteres Verhalten behindert wird, hat **der Staat** das
7 Mandat, regulierend und ggf. auch vollziehend in das Wirtschaftsleben einzugreifen.
8 Staatliches Handeln muss sich in einer Marktwirtschaft auf das Setzen von Regeln und ihre
9 Durchsetzung beschränken. Der Staat soll nicht selbst als **Unternehmer** auf den Märkten
10 in Erscheinung treten und möglichst auch nicht durch Subventionen oder ähnliche Eingriffe
11 in die regulierende Funktion des Marktes eingreifen.
12
13 (42) In einer freiheitlichen Gesellschaft werden Gemeinschaften, die auf personalen
14 Beziehungen beruhen, auch für die Wirtschaft fruchtbar gemacht. Die Stärke der **kleinen**
15 **und mittleren Unternehmen** liegt darin, dass sie persönliche Bindungen zwischen dem
16 Unternehmer und den Mitarbeitern im Betrieb in wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
17 umsetzen.
18
19 (43) Liberale anerkennen, dass es auch in einer Marktwirtschaft Bereiche gibt, in denen es dem
20 Wohlstand aller dient, den Wettbewerb um **kooperative Elemente** zu ergänzen.
21 Besonders geeignet und staatlichem Dirigismus vorzuziehen ist das Modell der
22 Genossenschaft. **Genossenschaftliche Lösungen** können übermäßiger
23 Marktbeherrschung einzelner Unternehmen Einhalt gebieten. Sie können dafür sorgen,
24 dass gemeinsame Innovationen zustande kommen und interessengerecht genutzt werden.
25 Auch für die **Entwicklung und den Betrieb physischer Netze** (Verkehr, Energie,
26 Kommunikation) ist eine genossenschaftliche Lösung in vielen Fällen eine Alternative zum
27 privaten oder staatlichen Monopol.
28
29 (44) Grundlage für Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen ist in
30 einer freiheitlichen Gesellschaft **die menschliche Arbeit und Kreativität**. Es gibt – von
31 wenigen Glücksfällen abgesehen – keine Wertschöpfung ohne menschliche Arbeit. Sie ist
32 Grundlage des Wohlstands und zugleich ein wichtiger Aspekt der Selbstverwirklichung des
33 einzelnen Menschen. Der Respekt vor der Arbeit und den arbeitenden Menschen ist daher
34 in einer freiheitlichen Gesellschaft ein unverzichtbarer Wert. Alle Maßnahmen oder
35 staatlichen Eingriffe, die Menschen am Arbeiten hindern, haben in einer freiheitlichen
36 Gesellschaft keinen Platz.
37
38 (45) **Eigentum** ist das Ergebnis menschlicher Arbeit und verdient denselben Respekt des
39 Staates und der Gesellschaft wie die Arbeit selbst. Staatlicher Zugriff auf das Eigentum
40 Privater darf deshalb nur in wenigen wohl begründeten Ausnahmefällen und nur um den
41 Preis einer angemessenen Entschädigung erfolgen. Die Achtung des Eigentums ist eine
42 wichtige Grundlage der freiheitlichen Gesellschaft.
43
44 (46) Eigentum ist ein zentrales Ordnungsprinzip der freiheitlichen Gesellschaft. Eigentum
45 bestimmt den sachlichen Umfang der **Autonomie des Einzelnen** und überträgt ihm
46 zugleich die **individuelle Verantwortung** für sein Eigentum und die von ihm ausgehenden
47 Einwirkungen auf andere Menschen. Soweit diese Verantwortung reicht, schuldet der
48
49

.../10

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 10 -

Antrag Nr. 1

Eigentümer der Gesellschaft Rechenschaft im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses. Dass Unternehmer mit ihrem privaten Vermögen für die Folgen ihrer Entscheidungen haften, sorgt für verantwortliches Handeln. Das Prinzip der persönlichen Haftung der Handelnden muss auch für Kapitalgesellschaften stärker fruchtbar gemacht werden.

Säule 5

Wir vertrauen dem technischen und medizinischen Fortschritt, der Kreativität unserer Ingenieure und Forscher und ihrem verantwortlichen Umgang mit den Erkenntnissen der Wissenschaft.

(47) Der enorme Zuwachs an Lebensqualität in den letzten 150 Jahren ist vor allem dem **technischen und medizinischen Fortschritt** zu verdanken. Wir vertrauen darauf, dass die Lebensqualität der Menschen auch in Zukunft durch neue Erkenntnisse und Produkte technischer Entwicklung und medizinischer Forschung wachsen wird. Wir wollen, dass Staat und Gesellschaft diesen Fortschritt positiv begleiten und fördern und dass die Ergebnisse technischer Entwicklung und medizinischer Forschung allen Menschen zur Verfügung stehen.

(48) Eine wichtige Quelle wirtschaftlichen Wohlstands gerade im deutschen Südwesten sind die **Leistungen unserer Forscher, Ingenieure und Techniker**. Ihrer Kreativität und Leistungsfähigkeit ist es zu verdanken, dass unsere Unternehmen in vielen Bereichen zu den Marktführern gehören. Viele wichtige Erfindungen und technische Entwicklungen haben von Baden-Württemberg aus die Weltmärkte erobert. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

(49) Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine vielfältige Bildungslandschaft aus, in der **Universitäten, Hochschulen und ein hochleistungsfähiges duales berufliches Bildungswesen jungen Menschen Qualifikation und berufliche Perspektiven verschaffen. Den technischen Fachschulen und den Berufsschulen kommt** dabei eine Schlüsselstellung zu. Staat und Gesellschaft müssen gewährleisten, dass Vielfalt und Qualität an diesen Einrichtungen erhalten bleiben und gleichzeitig eine ständige Anpassung an neue Entwicklungen stattfindet.

(50) Eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind die **knapper werdenden Energieressourcen**. Wir vertrauen darauf, dass die Forschung Lösungen findet, wie Lebensqualität und Wohlstand auch angesichts begrenzter fossiler Energieträger bewahrt werden können. Die Maximen liberaler Energiepolitik (Versorgungssicherheit, Schonung der natürlichen Umwelt, Wirtschaftlichkeit und Effizienz) orientieren sich an den Interessen der heute lebenden Menschen und künftiger Generationen. Wege dazu sind ein lebendiger Wettbewerb, eine angemessene Regionalisierung und ein ausgewogener Energiemix mit einem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien. Ideologie wärmt vielleicht die Herzen, aber heizt weder eine Wohnung noch treibt sie eine Maschine an.

.../11

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 11 -

Antrag Nr. 1

- 1
2
3
4 (51) Baden-Württemberg ist ein wichtiger Standort der medizinischen und pharmazeutischen
5 Forschung und der Medizintechnik. Wir verfügen in diesen Branchen über Unternehmen von
6 Weltrang, über vier ausgezeichnete Universitätsklinika mit zahlreichen Partnerkliniken sowie
7 über bedeutende medizinische Großforschungseinrichtungen. Um den Standort zu sichern,
8 bedarf es guter gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher **Rahmenbedingungen**
9 **für die medizinische Forschung**: Dazu gehören ihre gesellschaftliche Akzeptanz, die
10 Ausstattung der staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen mit ausreichend Kapital und
11 personellen Ressourcen und die Möglichkeit, dass sich Investitionen in die medizinische
12 Forschung **lohnen**. Dazu bedarf es eines Strukturwandels in unserem Gesundheitswesen –
13 weg von der auf Mittelknappheit ausgerichteten Zentralverwaltungswirtschaft hin zu einem
14 freiheitlich-marktwirtschaftlich orientierten Gesundheitswesen, das in diesem wichtigen
15 Bereich Wachstum **erzeugt**.
16
- 17 (52) Eine freiheitliche Gesellschaft braucht auch ein **freiheitlich organisiertes**
18 **Gesundheitswesen**. Unsere Ärzte, die an den medizinischen Fakultäten hervorragend
19 ausgebildet werden, sollen ihre Dienste in Freiheit und nicht als Knechte einer staatlichen
20 Bürokratie anbieten können. Alle Menschen sollen ihre Leistungen als selbstbewusste
21 Kundinnen und Kunden nach ihren Bedürfnissen nachfragen können. An die Stelle einer
22 staatlich organisierten Pflichtversicherung soll eine Pflicht zur Versicherung mit
23 weitgehenden Wahlmöglichkeiten treten. Ein Gesundheitswesen, in dem planwirtschaftliche
24 Methoden und Organisationsformen dazu führen, dass permanente Ressourcenknappheit
25 herrscht, wird es auf Dauer nicht schaffen, den medizinischen Fortschritt für alle Menschen
26 verfügbar zu machen.
27
- 28 (53) Der medizinische Fortschritt sorgt nicht nur für ein stetiges Wachstum der Lebensqualität,
29 sondern führt auch zu neuen Herausforderungen. Mit der **steigenden Lebenserwartung**
30 geht die Notwendigkeit einher, ein menschenwürdiges Leben zu sichern und die staatlichen
31 Sozialsysteme an den demografischen Wandel anzupassen. Auch in diesen Bereichen sind
32 in erster Linie die Menschen selbst und erst in zweiter Linie **ist** der Staat gefordert: Wir
33 vertrauen auf die Einsicht der Menschen in die begrenzte Leistungsfähigkeit kollektiver
34 Systeme und die Notwendigkeit individueller Vorsorge. Wir vertrauen auf die natürliche
35 Solidarität in der Gesellschaft und auf die Kreativität unserer Unternehmen,
36 Dienstleistungen und technische Produkte anzubieten, die den Menschen auch im Alter ein
37 würdiges Leben ermöglichen. Dazu ist es freilich erforderlich, dass alle Menschen so lange
38 wie möglich ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können und über die notwendigen
39 Mittel verfügen, um diese Leistungen und Produkte nachfragen zu können. Menschliche
40 Zuwendung wird auch in Zukunft nicht von staatlicher Seite organisiert werden können,
41 sondern gründet auf persönlichen und familiären Bindungen und Gemeinschaften, die wir zu
42 fördern und zu respektieren haben.
43
- 44 (54) Technischer und medizinischer Fortschritt bringen auch **neue ethische**
45 **Herausforderungen** mit sich. So werfen etwa die Gentechnik, aber auch einzelne
46 Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologie ethische Fragen auf, die
47 wir noch längst nicht zufriedenstellend beantworten können. Auch wenn wir den
48
49

.../12

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 12 -

Antrag Nr. 1

regulierenden Eingriff des Staates in Einzelfällen befürworten, so muss sichergestellt sein, dass wissenschaftliche Methoden nicht unnötig eingeschränkt und keine Erkenntnisverbote ausgesprochen werden. Wir vertrauen auf das Gewissen der Forscher, der Ärzte und der Ingenieure, auf ihre Verantwortung gegenüber den Menschen und auf einen offenen gesellschaftlichen Diskurs, in dem die **Geistes- und Sozialwissenschaften** wichtige Ideengeber sind. Mit der wachsenden Geschwindigkeit des naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritts sind sie in besonderem Maße gefordert.

Säule 6

Wir vertrauen auf die Stärke des Landes Baden-Württemberg, seine natürlichen und gestalteten Strukturen und auf den verantwortlichen Umgang der Menschen mit ihrer Heimat.

(55) Das **Land Baden-Württemberg** mit seinen natürlichen und von Menschen gestalteten Lebensgrundlagen ist die Basis unseres Wohlstandes und Wohlergehens. Es ist Heimat und Standort, ein Land voller Vielfalt, dessen Lebensart und Weltoffenheit Einheimischen und Zugezogenen Geborgenheit und Heimstatt bietet.

(56) Kein anderes deutsches Bundesland erfreut sich einer ähnlich gelungenen Gleichverteilung seines Wohlstandes im ganzen Land. In Baden-Württemberg sind alle Regionen stark und tragen zum Wohlstand bei. Dieses Modell deutscher Möglichkeiten führt den Fleiß und Ideenreichtum **aus allen Landesteilen** zu einer Kultur der Freiheit, Leistung und Verantwortung zusammen.

(57) Wir Liberale sehen Baden-Württemberg auch als ein kulturelles Gemeinschaftsmodell, in dem wir unsere gemeinsamen Erfahrungen und unsere Geschichte für das gesellschaftliche Leben fruchtbar machen. So wissen wir um unsere Geschichte als einer weltoffenen Region, die schon lange beweist, dass nicht Abschottung nach außen, sondern **Öffnung zur Welt** Wohlstand und hohen Lebensstandard erzeugt. Dieses kulturelle Erbe einer toleranten und offenen Tradition wollen wir Liberale bewahren.

(58) Wir vertrauen darauf, dass die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs auch in Zukunft eine Fortsetzung erfährt, weil unsere **Kultur des Fleißes, des Widerstandes gegen Ideologien, der Liebe zur individuellen Freiheit und zum freiwilligen Engagement** für die Gemeinschaft in Vereinen, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen die Gesellschaft erfolgreich prägt und als Einladung an Menschen mit gleicher Einstellung aus aller Welt verstanden wird.

(59) Wir vertrauen darauf, dass sich **ländlich geprägte Räume und Metropolregionen** gegenseitig ergänzen und stärken. Sie gegeneinander auszuspielen, ist nicht unsere Absicht. Die Vielfalt macht unser Land stark. Wir entwickeln Stärken und Eigenarten und scheren nicht über einen Kamm. Wir wollen, dass sich die Metropolregionen zu Standorten und Lebensräumen entwickeln, die europäischen Qualitätsmaßstäben gerecht werden und mit anderen Metropolregionen auf der Welt erfolgreich konkurrieren können.

.../13

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 13 -

Antrag Nr. 1

- 1
2
3
4 (60) Der **ländliche Raum muss als Lebensraum eigenen Gepräges**, als
5 Produktionsstandort hochwertiger und traditionsreicher Lebens- und Genussmittel sowie
6 als Urlaubs- und Erholungslandschaft erhalten **bleiben**. Im Sinne ausgewogener
7 Lebensverhältnisse wird seiner Entwicklung auch in Zukunft unsere besondere
8 Aufmerksamkeit gelten.
9
- 10 (61) Unsere Umwelt ist das Eigentum der ganzen Menschheit. **Die** lebenden Generationen
11 **haben** immer nur ein **zeitlich begrenztes Nutzungsrecht** zu. Die Umwelt als Eigentum
12 künftiger Generationen ist in seiner Substanz zu erhalten. Nachhaltige Nutzung und
13 Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen ist eine
14 Verpflichtung, die die ganze Gesellschaft trifft. Wir gehen davon aus, dass **ökologische**
15 **Verantwortung Teil des gesellschaftlichen Wertekonsenses** ist, der auch jenseits
16 staatlicher Normen ein vernünftiges und verantwortliches Verhalten der Menschen
17 hervorruft.
18
- 19 (62) Verantwortung für die Umwelt hört nicht an unseren Landesgrenzen auf. Als technologisch
20 hoch entwickelte Region tragen wir **Verantwortung für die weltweite Bewahrung der**
21 **natürlichen Lebensgrundlagen**. Der schonende Verbrauch von Ressourcen und die
22 Weiterentwicklung technologischer Lösungen tragen dazu bei, dieser Verantwortung
23 gerecht zu werden.
24
- 25 (63) Neben den natürlichen Lebensgrundlagen verfügt das Land Baden-Württemberg über ein
26 umfassendes System physischer Netze. Dazu gehören Straßen, Schienen- und
27 Wasserwege, Versorgungsleitungen und Kommunikationswege. Sie alle sind eine
28 wesentliche Grundlage unseres Wohlstandes. Sie müssen erhalten, ausgebaut und
29 kontinuierlich den Bedürfnissen des modernen Lebens angepasst werden.
30

Säule 7

31
32
33 *Wir vertrauen dem Staat als Diener der Gesellschaft und seiner lebendigen Bindung an das Recht.*
34

- 35 (64) Mit der Idee des Liberalismus hat sich das Verständnis vom **Verhältnis zwischen Staat**
36 **und Gesellschaft** grundlegend geändert. Der freiheitliche Staat herrscht nicht über die
37 Gesellschaft und ihre Entwicklung, sondern ist ein **Diener der Gesellschaft**. Er ist ein von
38 Menschen geschaffenes Instrument zur Wahrnehmung bestimmter, klar umrissener
39 Funktionen und hat keinerlei transzendente, über die Erfahrungswelt hinausgehende,
40 Dimension. Um diese Loyalität des Staates gegenüber der Gesellschaft zu erzwingen, setzt
41 die Gesellschaft verschiedene Mittel ein, die in der Verfassung für verbindlich erklärt
42 werden:
43
- 44 (65) Die **Demokratie** sorgt über Wahlen und Abstimmungen, aber auch durch den gebotenen
45 Respekt der Staatsorgane gegenüber dem Bürger für eine ständige Rückkoppelung
46 staatlichen Handelns an gesellschaftliche Vorstellungen. Das Mehrheitsprinzip dient dabei
47 nicht einer höheren inneren Legitimation, sondern sorgt für Handlungsfähigkeit. Die
48
49

.../14

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 14 -

Antrag Nr. 1

Minderheit von heute kann schon morgen Mehrheit sein und Fehlentscheidungen können durch veränderte Mehrheiten korrigiert werden.

(66) Die Demokratie verlangt nicht nur von den Staatsorganen **Respekt vor der Gesellschaft** und ihren Konventionen, sondern schafft auch die **innere Pflicht**, von den Instrumenten der Demokratie aktiv Gebrauch zu machen. Eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich weitgehend politisch abstinenter verhalten, wird ihren Führungsanspruch gegenüber dem Staat nicht verwirklichen können. Den **politischen Parteien** kommt bei der Umsetzung des demokratischen Auftrags eine unverzichtbare Bedeutung zu: Durch sie werden die Schwellen für effektives politisches Engagement der Bürger gesenkt, sie machen die Kraft selbst gewählter Gemeinschaften für den demokratischen Prozess fruchtbar und reduzieren mit ihren im Wettbewerb formulierten Positionen die Komplexität politischer Entscheidungen. Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, bedarf es eines intensiven kritischen Dialogs zwischen den Parteien und der Gesellschaft, die sie repräsentieren.

(67) Der **Parlamentarismus** macht den gesellschaftlichen Diskurs als Quelle staatlicher Willensbildung fruchtbar. Das Parlament ist zugleich einer der Orte, an denen der gesellschaftliche Diskurs sichtbar geführt wird. Es ist allerdings nicht der einzige und auch nicht der wichtigste Ort, an dem dies geschieht. Der Staat des 21. Jahrhunderts braucht weitere Elemente der direkten Demokratie: Sie tragen zur Attraktivität und Legitimität des demokratischen Staatswesens bei, erhöhen die Transparenz von politischen Entscheidungen und schaffen eine noch intensivere Verbindung zwischen dem gesellschaftlichen Diskurs und dem politischen System.

(68) Der **Rechtsstaat** verpflichtet den Staat auf die über Jahrhunderte gewachsene Kultur des europäischen Rechts, die die Handlungsfreiheit staatlicher Organe wertorientiert beschränkt und lenkt. Wie die gesamte Kultur ist auch das Recht eine lebendige Größe, die sich in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit täglich weiterentwickelt.

(69) **Zentrale Werte dieser europäischen Rechtstradition** sind **die Achtung vor der Autonomie** des einzelnen Menschen und der personalen Gemeinschaften sowie die **Verbindlichkeit individueller Kommunikation** und Konvention.

Das kontinentaleuropäische Recht setzt dabei auf **geschriebene Gesetze**, die im Idealfall lebensnah und verständlich formuliert sind und den Menschen die notwendige **Rechtssicherheit** geben. Wenn Gesetze zu kompliziert sind oder gar zu juristischen Glasperlenspielen mutieren, nehmen sie den Menschen Rechtssicherheit und lähmen wirtschaftliche Aktivitäten.

(70) Das **Berufsbeamtentum** und die **Unabhängigkeit der Richter** sind zwei wichtige Elemente des Rechtsstaates. Der Staatsdiener, dessen Loyalität in erster Linie dem Recht und erst in zweiter Linie der Macht gilt, gewährleistet die lebendige Bindung staatlichen Handelns an das Recht und damit den Führungsanspruch der Gesellschaft. Allerdings ist der Ort, an dem der Beamte wirken soll, die Exekutive. Dass heute auch in den Gesetzgebungsorganen die Berufsbeamten das Geschehen dominieren, ist eine bedauerliche Fehlentwicklung.

.../15

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 15 -

Antrag Nr. 1

- 1
2
3
4 (71) Der Rechtsstaat verdankt seine Wirkmächtigkeit einer **leistungsfähigen Justiz**. Um ihre
5 Aufgaben sachgerecht und zeitnah erfüllen zu können, bedürfen die Gerichte äußerer und
6 innerer Unabhängigkeit. Staat und Gesellschaft müssen die Justiz mit den **notwendigen**
7 **Ressourcen** ausstatten und dürfen im Gegenzug **ein hohes Arbeitsethos** erwarten.
8
9 (72) In einer freiheitlichen Gesellschaft kommen dem Staat nur **begrenzte Zuständigkeiten**
10 zu. Er hat kein allgemeines politisches Mandat und seine Kompetenzkompetenz ist durch
11 die Verfassung wirksam begrenzt. Der Staat ist Träger der Rechtsprechung und übt das
12 Gewaltmonopol aus. Liberale akzeptieren die Verantwortung des Staates für eine
13 leistungsfähige Infrastruktur, seine Befugnis, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten,
14 und seinen Auftrag, jedem Bürger ein ausreichendes Existenzminimum zu sichern.
15
16 (73) Für die genannten Aufgaben kann der Staat Steuern und Abgaben erheben. Ein allgemeines
17 Mandat zur Umverteilung von Gütern ist dem Staat nicht erteilt. In einer freiheitlichen
18 Gesellschaft gibt es wegen der begrenzten Aufgaben des Staates auch eine **Grenze für die**
19 **Belastung der Menschen mit Steuern und Abgaben**. Sie zu erkennen und im
20 politischen Prozess wirksam werden zu lassen, ist eine wichtige Funktion liberaler Politik.
21 Der Respekt vor dem Steuerzahler gebietet einen wirtschaftlichen und sparsamen Umgang
22 mit öffentlichen Mitteln.
23
24 (74) Der freiheitliche Staat ist dezentral organisiert: **Starke Gemeinden, ein lebendiger**
25 **Wettbewerbsföderalismus und die strenge Beachtung des Subsidiaritätsprinzips**
26 sorgen für politische Entscheidungen, die auf lokale und regionale Besonderheiten
27 zugeschnitten sind und dennoch das Ganze im Auge haben. Der Wettbewerb zwischen den
28 Gemeinden, Landkreisen und Regionen **erzeugt** einen Prozess, in dem sich die besten
29 politischen Ideen durchsetzen können, ohne dass dies zentral angeordnet werden muss.
30 Zugleich sorgt diese föderale und kommunale Struktur für eine vertikale Gewaltenteilung,
31 die freiheitsbedrohende Machtkonzentrationen verhindert. Allerdings müssen die einzelnen
32 Ebenen handlungsfähig bleiben, weshalb **die politischen Zuständigkeiten klar und**
33 **eindeutig den einzelnen Ebenen** zuzuordnen sind. Dieses Ziel zu verwirklichen, bleibt
34 ein wichtiges Thema der Reformagenda am Beginn des 21. Jahrhunderts.
35
36 (75) Es ist **nicht Aufgabe des Staates**, jede gesellschaftliche Konvention oder
37 Moralvorstellung mit den Mitteln der Gesetzgebung oder der Exekutive durchzusetzen.
38 Dafür reicht in der Regel die Kraft des gesellschaftlichen Diskurses aus. Nicht jede
39 Entwicklung, die von der Gesellschaft als wünschenswert erkannt oder bestimmt wird,
40 muss mit staatlichen Mitteln durchgesetzt werden.
41
42 (76) Von den Organen des Staates erwarten wir neben der Einhaltung von Recht und Gesetz
43 **eine wertorientierte Haltung**, die die Freiheit des Menschen, die Autonomie der
44 personalen Gemeinschaften und die Gestaltungskraft der freiheitlichen Wirtschaft und
45 Gesellschaft **achtet**. Zwischen dem Staat und seinen Bürgern muss ein Klima des
46 Vertrauens herrschen. Staatlichem Kontrollzwang sind durch Verfassung und Gesetz enge
47 Grenzen gezogen.
48
49

.../16

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 16 -

Antrag Nr. 1

(77) Der europäische Weg vom Staatenbund souveräner Nationalstaaten hin zu einem Bundesstaat **schreitet voran**. Wir erwarten, dass dieser **europäische Bundesstaat** in gleicher Weise wie der Nationalstaat ein **loyaler Diener der Gesellschaft** wird und nicht der Versuchung erliegt, die nationalen Gesellschaften mit bürokratischen Instrumenten auf das Prokrustesbett der Gleichmacherei zu zwingen. Deshalb setzen wir auch in Europa auf die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, des freiheitlichen Rechtsstaats und des Wettbewerbsföderalismus. Diese Wirklichkeit der Europäischen Union weist hier leider noch gewichtige Defizite auf, die grundlegende Kurskorrekturen unabdingbar machen.

Fundament 1

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Bildung.

(78) Das Ziel von Bildung und Erziehung ist der mündige, selbstbewusste Mensch, der seine Freiheit zu gebrauchen weiß und Verantwortung gegenüber anderen Menschen und der Gesellschaft übernimmt. **Bildung und Erziehung haben die Aufgabe**, den Menschen Orientierung und Gewissheit in einer komplexen, sich verändernden Welt zu geben. **Bildung und Erziehung tragen dem natürlichen Bedürfnis des Menschen Rechnung**, sich diese Orientierung zu verschaffen. Sie umfasst nicht nur das Vertrautwerden mit den äußeren Gegebenheiten der Umwelt, sondern auch den selbstbewussten Umgang mit ethischen Werten und gesellschaftlichen Konventionen.

(79) Für die freiheitliche Gesellschaft sind Bildung und Erziehung ein **Schlüsselprozess**. Pädagogische Arbeit verdient **die Wertschätzung** der Gesellschaft und ihre nachhaltige Förderung.

(80) Jeder Mensch hat das **Recht auf Bildung**. Bildung muss für jeden Menschen ohne Hindernisse verfügbar sein. Das schließt nicht aus, dass die Gesellschaft im Sinne der Eigenverantwortung den einzelnen Bildungswilligen nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zu materiellen Beiträgen zur Verbesserung der Qualität und der Strukturen heranzieht.

(81) Erster und wichtigster Ort, an dem Bildung und Erziehung stattfinden (müssen), ist die **Familie**. Kinder haben ein Recht auf Bildung und Erziehung durch Eltern und Gesellschaft. Staat und Gesellschaft sollen die Eltern dabei unterstützen.

(82) Bildung und Erziehung sind in einer freiheitlichen Gesellschaft **keine originär staatlichen Aufgaben**. Die Organisation des Bildungsprozesses nach den Prinzipien staatlicher Zentralverwaltungswirtschaft hat wesentlich zu den Defiziten beigetragen, die wir am Beginn des 21. Jahrhunderts feststellen. Die staatliche Schule wird ihre monopolartige Stellung in den kommenden Jahrzehnten aufgeben und sich einem Wettbewerb mit privat oder gesellschaftlich organisierten Bildungseinrichtungen öffnen müssen. Bildung und Erziehung der Kinder sind Teil der Verantwortung der ganzen Gesellschaft, vor allem aber ihrer Eltern.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

.../17

- 17 -

Antrag Nr. 1

- (83) **Aufgabe des Staates** ist es, sicherzustellen, dass Einrichtungen und Ressourcen für Bildung zur Verfügung stehen. Er selbst soll durch eigene Bildungsaktivitäten im Wettbewerb **Standards** schaffen, an denen sich alle Bildungseinrichtungen orientieren können. Außerdem **garantiert er** jedem jungen Menschen **unabhängig von seiner sozialen Herkunft den Zugang** zu den für ihn geeigneten Bildungseinrichtungen.
- (84) Nicht notwendig ist, dass der Staat die Bildungsinhalte vorgibt und einheitlich ausgestaltet. Eine freiheitliche Gesellschaft braucht vielmehr **ein pluralistisch organisiertes Bildungswesen**, in der verschiedene Anbieter in einen **Wettbewerb** um die bildungswilligen Menschen treten. Wie in anderen Bereichen gesellschaftlichen Lebens wird auch hier der Wettbewerb für die notwendige Dynamik und die rechtzeitige Anpassung der Bildungsangebote an eine veränderte Welt und neue Rezeptionsgewohnheiten sorgen.
- (85) In einer täglich komplizierter werdenden Welt ist Bildung ein Prozess, der mit der Geburt beginnt und nicht mit dem Erreichen des Erwachsenenalters endet. Jeder mündige Bürger hat die Pflicht, sich **ein Leben lang zu bilden** und weiterzubilden. Diese Angebote für eine lebenslange Bildung kommen aus Wirtschaft und Gesellschaft und allenfalls subsidiär aus staatlichen Einrichtungen.
- (86) Bildung und Erziehung **sind mehr als** intellektuelle Vermittlung von Inhalten, Methoden und Werten. Junge Menschen brauchen **Vorbilder**, die ihnen Orientierung für die eigene Entwicklung geben. **In einer** freiheitlichen Gesellschaft **ist es selbstverständlich**, dass Menschen, die sich durch besondere Leistungen auszeichnen, in der Gesellschaft intensiv wahrgenommen werden. Wir fürchten keine Helden, sondern brauchen sie als Menschen, an denen sich andere Menschen orientieren können.
- (87) **Menschen ohne hinreichende Bildung** oder ohne Bildungswillen sind eine Herausforderung für jede freiheitliche Gesellschaft. Wir vertrauen darauf, dass ein lebendiger Wettbewerb auch zusätzliche Nachfrage nach Bildung schafft.
- (88) Von den **Wissenschaften** erwarten wir, dass sie den gesellschaftlichen Bildungsprozess nicht nur mit neuen Inhalten, sondern auch mit neuen Methoden stimulieren. Neben der Erarbeitung und Verbreitung von Erkenntnissen haben Wissenschaftler auch eine Vorbildfunktion in der Bildungsgesellschaft.

Fundament 2

Eine freiheitliche Gesellschaft baut auf die freie Wissenschaft.

- (89) Unsere Gesellschaft steht vor großen, noch ungelösten Herausforderungen. Der Klimawandel wird das Leben der Menschen verändern, die Energieversorgung der Zukunft muss nachhaltig und für alle erschwinglich gesichert werden, der demografische Wandel erfordert gesellschaftliche und wirtschaftliche Anpassungen.

.../18

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 18 -

Antrag Nr. 1

- 1
2
3
4 (90) Die freiheitliche Gesellschaft braucht die Wissenschaft, um die Herausforderungen der
5 Zukunft sowie die wachsende **Komplexität** von Umwelt und Gesellschaft **intellektuell zu**
6 **bewältigen. Wissenschaft** ist eine Grundbedingung der Zivilisation, sowohl als
7 Kulturleistung als auch als Grundlage gesellschaftlicher Wohlfahrt. Mit ihren Erkenntnissen
8 wächst die technische, wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit der Gesellschaft.
9 Sie ist daher ein unverzichtbares Fundament jeder freiheitlichen Gesellschaft.
10
11 (91) **Wissenschaft braucht Freiheit.** Der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn kann nur
12 gelingen, wenn sie sich in Freiheit und ohne staatliche Bevormundung entfalten kann.
13 Deshalb liegt die Freiheit der Wissenschaft nicht nur im Interesse der handelnden
14 Wissenschaftler, sondern dient der Gesellschaft als ganzer. Liberale schließen jede Art von
15 Erkenntnis- oder Kommunikationsverboten aus. **Allerdings ist die Würde des Menschen**
16 **auch für die Wissenschaft unantastbar.**
17
18 (92) **Wissenschaft ist eine gesellschaftliche Aufgabe.** Wissenschaftliche Erkenntnis
19 vollzieht sich keineswegs nur in staatlich geschaffenen Strukturen. Vielmehr verdanken wir
20 den Stand der Wissenschaft zu einem bedeutenden Teil privaten Forschungseinrichtungen
21 und den Forschungsabteilungen der Unternehmen. Die Aufgabe des Staates ist es, Orte
22 und Ressourcen für jenen Teil der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, für den keine
23 privaten Ressourcen **vorhanden sind.**
24
25 (93) Wissenschaft dient nicht nur dem Gewinnen neuer Erkenntnisse, es geht auch um die
26 Weitergabe wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden von Generation zu Generation.
27 An den **Hochschulen** sind beide Aufgaben – Erkenntnisgewinn durch Forschung und
28 Weitergabe der Erkenntnisse durch Lehre – in idealtypischer Form vereint. Der deutsche
29 Südwesten zeichnet sich im nationalen Maßstab durch besonders leistungsfähige
30 Hochschulen aus. Um auch im internationalen Maßstab als Wissenschaftsstandort
31 bestehen zu können, bedarf es allerdings eines nachhaltigen Strukturwandels. Effizientere
32 Strukturen und Prozesse verbessern die Motivation und erleichtern es den Hochschulen,
33 ihre Position im internationalen Wettbewerb zu behaupten.
34
35 (94) Neben den Hochschulen kommt den **außeruniversitären Forschungseinrichtungen** für
36 den wissenschaftlichen Fortschritt eine besondere Bedeutung zu. Es ist in den letzten
37 fünfzig Jahren gelungen, Baden-Württemberg zu einem attraktiven Standort für diese
38 außeruniversitären Einrichtungen zu entwickeln. Ihre Produktivität und Vielfalt tragen zur
39 Attraktivität unseres Standortes bei und befruchten Wirtschaft und Gesellschaft mit
40 vielfältigen Erkenntnissen.
41
42 (95) Auch im Bereich der Wissenschaft ist der **Wettbewerb** zwischen den Einrichtungen für die
43 Sicherung der Qualität und die nachhaltige Entwicklung unverzichtbar. Wir wollen deshalb
44 auch im Bereich der Wissenschaft pluralistische Strukturen. Dieser Wettbewerb kann auch
45 dazu führen, dass einzelne Einrichtungen, deren Angebote den Qualitätswettbewerb nicht
46 (mehr) bestehen, aus der Wissenschaftslandschaft ausscheiden müssen. Eine besondere
47 Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte liegt darin, den Wettbewerb zwischen
48
49

.../19

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 19 -

Antrag Nr. 1

wissenschaftlichen Einrichtungen so zu organisieren, dass die dort vorgehaltenen Ressourcen nicht durch falsche Anreize und einen unnötig hohen Transferaufwand übermäßig in Anspruch genommen werden. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt vollzieht sich durch Forschung und Entwicklung und nicht durch das bürokratisch korrekte Verfassen von mehr oder weniger erfolgreichen Förderanträgen und deren kollegiale Begutachtung.

(96) Für alle Wissenschaftszweige gilt, dass **klare Positionen und ein öffentlicher Wettstreit der Ideen** zu hoher Produktivität führen. Die Gesellschaft muss deshalb gewährleisten, dass die Kommunikation innerhalb der Wissenschaft und zwischen Wissenschaft und Gesellschaft lebendig bleibt und nicht aus materiellen oder rechtlichen Gründen zu einem Privileg weniger Insider verkommt.

(97) Um qualifizierte Wissenschaftler gewinnen zu können, braucht es neben **angemessenen materiellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Vorbilder**. Die Gesellschaft muss es zulassen und fördern, dass herausragende Wissenschaftler mit ihren Leistungen öffentlich glänzen können und ihre Leistungen öffentlich sichtbar und gewürdigt werden.

Fundament 3

Eine lebendige und vielfältige Kultur ist ein unverzichtbares Fundament der freiheitlichen Gesellschaft. Sie gibt Orientierung, bringt Menschen zusammen und erzeugt den notwendigen Rahmen für den gesellschaftlichen Diskurs.

(98) Unsere Kultur ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen gesellschaftlichen Prozesses und der Kreativität vieler Generationen. Sie gibt unserer Gesellschaft ihre Identität und vielen gesellschaftlichen Aktivitäten ihren Sinn. **Die Achtung** vor den kulturellen Leistungen unserer Vorfahren verpflichtet uns zum sorgsamem Umgang mit den kulturellen **Traditionen**.

(99) Kultur schafft jenen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit, der die Welt in einen Sinnzusammenhang stellt, und einen Rahmen, ohne den wir nicht gemeinsam kommunizieren und leben können. Sie ist keine Luxusveranstaltung für wenige Interessierte, sondern **notwendige Grundlage** allen gesellschaftlichen Lebens.

(100) Das wichtigste kulturelle Element einer Gesellschaft ist ihre **gemeinsame Sprache**. Sie zu pflegen und zu erhalten, ist unsere gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe. Die Anforderungen einer modernen Gesellschaft sind nur zu bewältigen, wenn die Menschen auch komplexe Inhalte sprachlich fassen und vermitteln können. Alle kulturellen **Einrichtungen** tragen eine besondere Verantwortung für die Sprachpflege.

(101) In einer freiheitlichen Gesellschaft ist Kultur immer ein **pluralistischer Prozess**. Ihr Wert steigt mit der Vielfalt der Beiträge und der Zahl und der Leistungsfähigkeit der kulturschaffenden Menschen. Auf kontroverse Beiträge reagiert Kultur nicht mit Zurückweisung, sondern sie antwortet und integriert. Provokationen und Experimente sind

.../20

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 20 -

Antrag Nr. 1

keine Bedrohungen des kulturellen Prozesses, sondern notwendige Beiträge zur Weiterentwicklung einer lebendigen Kultur.

(102) In einer freiheitlichen Gesellschaft ist Kultur keine staatliche, sondern **eine gesellschaftliche Aufgabe**. Der Staat hat in diesem Bereich eine unterstützende Funktion: Er stellt (allerdings nicht exklusiv) Orte und Ressourcen für kulturelle Aktivitäten bereit und fördert, soweit erforderlich, die Hochkultur. Er ist nicht Gestalter, sondern Diener kultureller Aktivitäten. Die anmaßende Idee einer staatlich verordneten oder gestalteten „Leitkultur“ hat in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz.

(103) Aufgabe der **Hochkultur** ist es, durch ihr besonderes Niveau Standards zu schaffen, an denen sich alle Kulturschaffenden in der Gesellschaft orientieren können, aber nicht müssen. Sie ist keine in sich abgeschlossene Welt, sondern steht in der Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft, deren Kritik sie sich zu stellen hat.

(104) In einer freiheitlichen Gesellschaft **bringt Kultur Menschen zusammen**, indem sie gemeinsames Verständnis, gemeinsame Erlebnisse und gemeinsame Bezüge schafft. Sie darf niemals Mittel zur Ausgrenzung von Menschen sein. Unsere mitteleuropäische Kultur versteht es seit vielen Jahrhunderten, Beiträge aus anderen Kulturkreisen zu integrieren und damit zu einer weltweiten Verständigung beizutragen.

(105) **Kultur braucht** neben der Kreativität der Kulturschaffenden auch die Erkenntnisse der **Geisteswissenschaften**. Sie haben die Aufgabe, die kulturelle Wirklichkeit verständlich zu machen und durch neue Modelle und Ideen Räume für die Weiterentwicklung der Kultur und der Gesellschaft zu öffnen. Die Gesellschaft darf von ihren Geisteswissenschaftlern erwarten, dass sie nicht nur kritisch und zutreffend analysieren, sondern auch mutig neue Wege aufzeigen und klare Positionen im gesellschaftlichen Diskurs beziehen.

Epilog

Liberale vertrauen in die Zukunft, denn sie vertrauen dem menschlichen Schöpfergeist, seiner aufgeklärten Fähigkeit zur Lösung von Problemen und seiner Begabung, aus seiner naturgegebenen Freiheit etwas zu machen.

Liberale wissen aus diesem Grund um die Wichtigkeit des beständigen Kampfes um den Erhalt dieser Freiheit. Der Südwest-Liberalismus gründet auf einer annähernd 200jährigen Geschichte des Freiheitskampfes für die bürgerliche Gesellschaft, gegen Obrigkeit, gegen gleichmacherische Autoritäten, gegen populistische Nivellierung von Menschen und Gruppen.

Liberale begreifen Freiheit nicht nur als Menschenrecht, sondern auch als Verpflichtung, von ihr verantwortlich Gebrauch zu machen. Es ist eine moralische Pflicht des Menschen als Wesen mit transzendenter Würde, seine Freiheit konstruktiv zunächst für sich selbst, für die optimale Selbstentfaltung als vernunftbegabter Mensch, hernach aber auch zur Sicherung der Freiheit und der Entfaltungsmöglichkeiten der anderen zu nutzen. Bildung ist deshalb sowohl Menschenrecht für alle als auch Selbstverpflichtung für jeden Einzelnen.

.../21

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 21 -

Antrag Nr. 1

Die Sicherung wirtschaftlicher Freiheit entspricht der Natur des Menschen. Armut zu bekämpfen ist kein Akt der sozialen Gerechtigkeit, sondern zwangsläufige Konsequenz der liberalen Einsicht, dass Armut die Freiheit des von ihr Betroffenen einschränkt. Aus der Verpflichtung zur eigenen individuellen Freiheit und zur gesellschaftlichen Freiheit aller folgen unsere Leitprinzipien für konkrete Politik. Wir wissen, dass hoher Bildungsstand, wirtschaftliche Freiheit und menschliche Solidarität nachhaltige Erfolgsfaktoren für Wohlstand und Wohlfahrt sind.

Aber nicht die hohe Leistungsfähigkeit des politischen Liberalismus für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand ist unser erstes Leitmotiv. Wir erachten die Freiheit als den wichtigsten Wesenszug des Menschen.

Alle anderen Werte und Ziele müssen der menschlichen Freiheit dienen, dürfen sie im Kern nie verletzen. Deswegen verteidigen wir die offene Gesellschaft. Deswegen trauen wir nur ihr die menschenwürdige Bewältigung aller Herausforderungen zu. Deswegen haben wir Vertrauen in die Zukunft.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 1 - Eine intelligente Verkehrslenkung, wie variable Verkehrszeichen, muss flächendeckend im
2 Land eingesetzt werden.
3
- 4 - Der Magistrale für Europa von Paris über Straßburg nach Karlsruhe, (Pforzheim), Stuttgart,
5 Ulm, Augsburg, München und Wien nach Bratislava/Budapest kommt beim Aufbau eines
6 transeuropäischen Verkehrsnetzes eine herausragende Bedeutung zu. Wir bekennen uns zu
7 Stuttgart 21 und zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Darüber hinaus muss der Ausbau des
8 Süd- und auch des Nordost des TGV- Est weiter vorangetrieben werden. Die Anbindungen
9 Straßburg-Kehl-Appenweier-Karlsruhe und Metz-Saarbrücken-Mannheim müssen konsequent
10 weiter ausgebaut werden.
11
- 12 - Das Dreiländereck am Oberrhein bildet mit dem Rhein einen strategisch wichtigen
13 Transitkorridor im europäischen Süd-Nord-Verkehr. Das wachsende Güteraufkommen stellt
14 die Region vor neue Anforderungen. Ein viergleisiger Aus- und Neubau der Rheintalbahn auch
15 als Zulaufstrecke zum neuen NEAT-Basistunnel ist für die Erhöhung der Frachtkapazitäten
16 und des Marktzugangs zum europäischen Schienennetz unverzichtbar. Der Ausbau muss
17 dabei umweltfreundlich erfolgen und den berechtigten Anregungen und Bedenken der
18 Menschen in den betroffenen Kommunen Rechnung tragen.
19
- 20 - Der Ausbau der internationalen Fernverkehrsverbindung Stuttgart-Singen-Zürich (Gäu-
21 Neckar- Bodenseebahn) und der Strecke Ulm-Lindau (Südbahn) - Basel/Hochrhein müssen
22 vorangetrieben werden, auch als alternative Zulaufstrecken zum NEAT-Basistunnel.
23
- 24 - Die FDP Baden-Württemberg setzt sich für den Erhalt der vorhandenen Interregiostrecken
25 ein. Regionen die noch keine ICE- oder IC-Anbindung besitzen, müssen weiterhin zumindest
26 über ihre Interregio-Anbindung verfügen können.
27
28

29 **Begründung:**

30
31 Mobilität ist nicht nur ein Grundbedürfnis von Menschen und Voraussetzung für individuelle
32 Lebensqualität, sondern auch Voraussetzung von Wirtschaftswachstum. Staus sind schon heute
33 in Baden-Württemberg ein großer Standortnachteil. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein
34 zentraler Standortfaktor für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft und damit Voraussetzung für
35 Arbeitsplätze und Wohlstand. In Baden-Württemberg gibt es in der Infrastruktur viel
36 Nachholbedarf. Alleine in der Region Stuttgart haben sich im vergangenen Jahr die Staus auf den
37 Autobahnen und den Bundesstraßen auf 13475 Kilometer summiert, was der Strecke Stuttgart-
38 Peking entspricht.
39

40 Nach den vorliegenden Prognosen wird das Verkehrsaufkommen in nächsten Jahren weiter
41 wachsen. Die Europäische Union und die Bundesregierung rechnen mit einem Anstieg des
42 Güterverkehrsaufkommens in Deutschland bis zum Jahr 2050 um rund 50%, die Transportleistung
43 soll sogar um 74% steigen.
44

45 Baden-Württemberg ist schon heute vom Verkehrsaufkommen stark betroffen. Ohne einen
46 zeitnahen und beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird unser Land dieses
47 Verkehrswachstum ohne gravierende ökonomische und ökologische Nachteile nicht bewältigen
48 können. Um den Anteil des Schienenverkehrs wenigstens stabil zu halten, ist neben dem Ausbau
49 der Autobahnen und Bundesstraßen insbesondere die Realisierung der großen
50 Investitionsvorhaben im Schienenverkehr unbedingt erforderlich.
51

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 4

Betr.: Verkehr gerechter bezahlen

Antragssteller: Landesfachausschuss Verkehr

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP begrüßt die zunehmende Einsicht in die Notwendigkeit der Einführung einer strecken- und tageszeitbezogenen Maut für alle Kraftfahrzeuge.

Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur durch die Nutzer statt durch die öffentlichen Haushalte hat die FDP bereits 2006 in ihrem Landtagswahlprogramm gefordert und diesen Wunsch auf dem Dreikönigsparteitag 2009 im Rahmen des Antrags „2009 – Ein neuer Start für Deutschland“ erneut bestätigt.

Die Umstellung der Finanzierung auf eine nutzungsabhängige Gebühr ist notwendig, um Erhaltung, Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig zu sichern. Aufgrund der Organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen kann die Umstellung mittelfristig vorgenommen werden. Sie darf insgesamt nicht zu einer Zusatzbelastung für die Bürgerinnen und Bürger führen. Daher muss begleitend zur Einführung der Maut die Kfz-Steuer abgeschafft werden und die Mineralölsteuer abgesenkt werden.

Um Ausweichverkehre zu vermeiden, ist eine flächenhafte Einführung vorzusehen. Unterschiedliche Mautsätze nach Tageszeit, Verkehrsbelastung, Schadstoffausstoß und Straßenkategorie können sowohl zur Stauvermeidung beitragen als auch eine ökologische Lenkungswirkung entfalten.

Wichtig ist dabei die Berücksichtigung des Datenschutzes, um die Erstellung von Bewegungsprofilen auszuschließen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 5

Betr.: **Keine Aufweichung des Polizeigesetzes für allgemeine
Alkoholverbote**

Antragsteller: Bezirksverband Südbaden und Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden - Württemberg fordert von der FDP/DVP-Landtagsfraktion, sich entschieden gegen eine vom Innenministerium des Landes Baden-Württemberg angedachte Änderung des Polizeigesetzes einzusetzen, welche Kommunen erlauben soll, „präventiv“ allgemeine Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen zu erlassen.

Derartige Verbotsregelungen sind allenfalls dazu geeignet, Symptome zu bekämpfen oder Probleme zu verlagern, ohne die Ursachen wirksam anzugehen. Dabei werden die Grundrechte aller Betroffenen ohne Abwägung beschnitten, jeder Einzelne steht unter Generalverdacht.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTT GART

Antrag Nr. 6

Betr.: Anonymisierte Kennzeichnung für Einsatzanzüge der Polizei

Antragsteller: Bezirksverband Südbaden und Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden - Württemberg fordert im Rahmen der Ausstattung der Polizei Baden-Württemberg mit neuer Dienstkleidung die Einführung der individualisierten anonymisierten Kennzeichnung von Polizisten auf Einsatzeinzügen, wie sie z.B. in Einsatzhundertschaften und anderen Einheiten bei Demonstrationen, Fußballspielen oder sonstigen Großveranstaltungen zum Einsatz kommen. Damit soll eine leichtere Erkennbarkeit der Polizisten im Falle einer Beschwerde sichergestellt und das Vertrauen in die Polizei gestärkt werden. Eine Verpflichtung zur namentlichen Kennzeichnung dieser Polizisten lehnt die FDP Baden - Württemberg hingegen ab.

Begründung:

Immer wieder gibt es Beschwerden über unangemessenes Vorgehen einzelner Polizisten im Rahmen von Großveranstaltungen. Auch wenn viele dieser Beschwerden unberechtigt sein mögen, so muss in einem Rechtsstaat gerade bei möglichem Fehlverhalten der Polizei dennoch eine einwandfreie Identifizierung möglicher Täter erfolgen um eine transparente Ermittlung sicherzustellen.

Im Gegensatz zur normalen Dienstkleidung der Streifenpolizisten erschwert die Einsatzkleidung der Polizisten in Einsatzhundertschaften - insbesondere die Helme - die Identifizierung. Derzeit sind nur Einheiten und ihre Führer mit taktischen Zeichen gekennzeichnet, nicht aber so, dass die Polizisten individuell ermittelbar wären. Dies verhindert eine effektive Bearbeitung der Beschwerden und führt zu einem unnötigen Vertrauensverlust gegenüber der Polizei. Wenn bei Anschuldigungen hingegen die betroffenen Polizisten eindeutig identifiziert werden könnten, würde diese größere Transparenz das Vertrauen in die Polizei stärken.

Leider gibt es auch Fälle, bei denen Polizisten von gewaltbereiten Aktivisten öffentlich bloßgestellt werden. Um den Missbrauch der Kennzeichnung für Hetzkampagnen gegen einzelne Polizisten zu verhindern und die Privatsphäre von Polizisten zu schützen, muss deshalb die Kennzeichnung anonymisiert z.B. über Nummern und Symbole erfolgen und die Namen erst dann offen gelegt werden, wenn eine Ermittlung stattfindet.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 7

Betr.: Bundesumlage

Antragsteller: Bezirksverband Südbaden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Angesichts des guten Bundestagswahlergebnisses und der daraus resultierenden deutlich verbesserten finanziellen Situation des Bundesverbandes stellen wir den Antrag, die letzte Erhöhung der Bundesumlage aus den Mitgliedsbeiträgen zurückzunehmen um die entsprechenden Gelder wieder der Kreisebene zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Es ist liberaler Grundsatz, in Notzeiten – welche die Bundes FDP bekannterweise hatte – gemeinschaftlich zu helfen. Ebenso ist es ein liberaler Grundsatz, diese Hilfe in guten Zeiten wieder zurückzugeben.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 8

Betr.: Prävention und Gesundheitsförderung im Grundschulalter

Antragsteller: Landesfachausschuss Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

I. Der Landesfachausschuss Sozial- Gesundheits- und Gesellschaftspolitik sieht großen Bedarf an der Förderung der körperlichen und seelischen Gesundheit von Kindern beginnend ab dem Grundschulalter.

Körperliche und psychische Gesundheit sowie soziales Wohlbefinden sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen und Lebenskompetenz.

Kinder brauchen Kenntnisse, Haltungen und Fertigkeiten, mit denen sie ihren Alltag so bewältigen können, dass sie sich wohl fühlen und gesund bleiben.

Insoweit ist präventive Gesundheitsförderung ein zentrales Thema in der Grundschule und eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

II. Die FDP/DVP fordert daher die Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung im Grundschulalter.

Die FDP/DVP fordert vom zuständigen Landesministerium ein Programm zur Förderung eines Projekts wie Klasse 2000 und tritt für eine Stärkung der Klasse 2000 ein.

Begründung:

Kinder brauchen Kenntnisse, Haltungen und Fertigkeiten, mit denen sie ihren Alltag so bewältigen können, dass sie sich wohl fühlen und gesund bleiben. Dazu gehört Wissen und eine positive Einstellung zu Gesundheit und der zunehmenden Wahrnehmung des eigenen Körpers.

Immer mehr Kinder haben Übergewicht, ca. 15% im Alter zwischen 7 und 10 Jahren leiden an Übergewicht. Die vielfältigen Folgen sind bestens bekannt.

Das Entwickeln und Stärken von persönlichen und sozialen Kompetenzen, der konfliktfreien Problemlösung und dem angemessenen Verhalten bei unangenehmen Gefühlen ist eine Voraussetzung für die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktlösung. 9 % aller Unfälle im Grundschulbereich gehen auf Gewalt zurück, mit steigender Tendenz (Quelle Unfallkasse Berlin 2008).

Die Grundlagen für Suchtverhalten und gesundheitsschädliche Lebensweisen entstehen bereits in der Kindheit.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

1 Schon Grundschul Kinder müssen den kritischen Umgang mit Tabak, Alkohol, Medien und den
2 Versprechen der Werbung erlernen.

3
4 Vorbeugung ist notwendig und sollte, deshalb möglichst früh beginnen.

5
6 Ein wichtiger Ansatz zur Gesundheitsprävention stellt das nachfolgend dargestellte Programm
7 dar. Dieses Programm ließe sich in bestehende Systeme gut integrieren.

8 9 10 **Klasse 2000**

11
12 Das Konzept von Klasse 2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung,
13 Sucht- und Gewaltvorbeugung in der Grundschule. Klasse 2000 beginnt in der ersten Klasse und
14 begleitet die Kinder kontinuierlich (die Kinder) bis zum Ende des vierten Schuljahres.

15
16 Klasse 2000 wurde 1991 von einem Expertenteam aus Medizin und Pädagogik am Klinikum
17 Nürnberg entwickelt. Seitdem wird das Programm laufend weiter entwickelt, ständig optimiert
18 und evaluiert.

19 Im Schuljahr 2008/09 nehmen über 325.000 Kinder aus 13.909 Grundschulklassen in allen
20 Bundesländern an Klasse 2000 teil.

21 Bewegung, gesunde Ernährung und Entspannung sind ebenso wichtige Bausteine von Klasse
22 2000 wie der Umgang mit Gefühlen und Stress, Strategien zur Problem- und Konfliktlösung.

23
24 Das Konzept fördert die positive Einstellung der Kinder zur Gesundheit und vermittelt Wissen über
25 den Körper.

26
27 Es fördert außerdem die persönlichen und sozialen Lebenskompetenzen der Kinder sowie ihr
28 Selbstwertgefühl und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewalt- und Suchtvorbeugung.

29
30 Eine Besonderheit ist die Zusammenarbeit der Lehrkräfte mit Eltern und mit speziell geschulten
31 Klasse 2000-Gesundheitsförderern. Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse 2000-
32 Stunden durch. Hierzu erhalten sie vorbereitetes Unterrichtsmaterial von Klasse 2000.

33
34 Ergänzend werden zwei bis drei besondere Unterrichtseinheiten durch die ausgebildeten
35 Gesundheitsförderer der Klasse 2000 gestaltet.

36
37 So unterstützt Klasse 2000 die Kinder dabei, ihr Leben ohne Suchtmittel, Gewalt und
38 gesundheitsschädigendes Verhalten zu meistern.

39
40
41
42
43
44
 angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 9

Betr.: **Reform der der ärztlichen Ausbildung und des Arztberufes im klinischen Bereich**

Antragsteller: Landesfachausschuss Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Arztberuf ist einer der interessantesten und krisensichersten Berufe, trotzdem wandern immer mehr Ärzte in andere Berufszweige und ins Ausland ab. In den ländlichen Gebieten können immer mehr Arztstellen nicht mehr besetzt werden und vielen Klinken fehlen qualifizierte Assistenzärzte.

I. Die FDP/DVP fordert, deshalb die Reform der Zulassungskriterien zum Medizinstudium und diese verstärkt auf die persönliche Eignung abzustellen.

II. Die FDP/DVP fordert mehr Praxisbezug des Medizinstudiums.

III. Die FDP/DVP fordert eine angemessene Vergütung während des Praktischen Jahres.

IV. Die FDP/DVP fordert die Flexibilisierung der ärztlichen Arbeitszeiten.

V. Die FDP/DVP fordert ein strukturiertes Weiterbildungs- und Fortbildungskonzepte, begleitet von intensivem Mentoringprogramm während der ärztlichen Weiterbildung

Begründung:

Studium:

Bei dem zunehmenden Arztmangel stellt sich die Frage, ob die aktuellen Zulassungskriterien angemessen sind und damit die Kriterien und Voraussetzungen eines guten Arztes wirklich erfasst werden. Deshalb sollten die Zulassungskriterien zum Medizinstudium dringend reformiert werden.

Gleichzeitig bedarf es mehr praxisbezogener Anleitung und intensiverer Begleitung während des Medizinstudiums. Generell sollte das Medizinstudium praxisbezogener sein, wie dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist.

Praktisches Jahr:

Das letzte Ausbildungsjahr ist ein Praxisjahr – Praktisches Jahr –, das bisher nicht vergütet wird, was in keinem anderen Beruf der Fall ist. Das Praktische Jahr muss vergütet werden.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

- 1 Ärztliche Tätigkeit im Krankenhaus:
- 2 Hauptursachen der Abwanderung aus dem ärztlichen Beruf sind die schlechten
- 3 Arbeitsbedingungen und die mangelhaften Fort- und Weiterbildungsbedingungen.
- 4
- 5 Eine ca. 60-70stündige Arbeitswoche mit relativ starren Arbeitszeiten ist nicht zeitgemäß und
- 6 bedarf der Reform und ist zu ersetzen durch familienfreundliche und flexible Arbeitszeiten.
- 7
- 8 Die Facharztausbildung muss begleitet werden durch ein intensives Mentoringprogramm, mehr
- 9 strukturierten Weiterbildungs- und Fortbildungskonzepte.
- 10
- 11
- 12
- 13

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 10

Betr.: Geriatrie als prüfungspflichtflach in der ärztlichen Ausbildung

Antragsteller: Landesfachausschuss Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP/DVP fordert, dass die Altersheilkunde (Geriatrie) in die Approbation für Ärzte als prüfungsrelevantes Fachgebiet aufgenommen wird. Entsprechend bedarf es weitere Lehrstühle für Geriatrie.

Begründung:

Die Alterung des menschlichen Organismus beginnt früh und führt zu unterschiedlichen pathologischen Veränderungen. Krankheiten im Alter führen zu Multimorbidität, sodass der Alterspatient Fachwissen seiner Behandler in somatischer, psychischer, sozialer und rehabilitativer Hinsicht benötigt. Unser Wissen um die Alterung unserer Gesellschaft bedeutet dem Rechnung zu tragen, dass bei der Ausbildung zukünftiger Ärzte dies berücksichtigt wird. Das Querschnittswissen kann nur dann die Bedeutung erlangen, wenn es Prüfungsrelevant ist.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTT GART

Antrag Nr. 11

Betr.: Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Gastronomie

Antragsteller: Bezirksverband Bodensee-Oberschwaben

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Bundestagsfraktion wird gebeten unverzüglich in der Koalition darauf hinzuwirken, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % für das Hotelgewerbe auch für die Gastronomie zum nächstmöglichen Zeitpunkt umgesetzt wird.

Begründung:

erfolgt mündlich.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 12

Betr.: Grundbücher – Digitalisierung ja, Zentralisierung nein

Antragsteller: Bezirksverband Bodensee-Oberschwaben

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Digitalisierung der Grundbücher ist sinnvoll und wird vorbehaltlos unterstützt. Eine vorgesehene Zentralisierung wird dagegen abgelehnt.

Begründung

erfolgt mündlich.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 13

Betr. **Sichere Finanzierungsgrundlage für Frauen- und Kinderschutzräume schaffen**

Antragsteller: Landesfachausschuss Frauen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird aufgefordert, initiativ zu werden, um eine verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlage für Frauen- und Kinderschutzräume zu schaffen.
2. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird aufgefordert, initiativ zu werden, um Frauen und Kinder in Notsituationen besser zu schützen, insbesondere durch die bedarfsgerechte Schaffung von Notfallplätzen in Frauen- und Kinderschutzhäusern.
3. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird aufgefordert, initiativ zu werden, um die wichtige beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit, die zusätzlich von den Frauen- und Kinderschutzhäusern geleistet wird, auf eine verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlage zu stellen.

Begründung:

Seit Jahren wird wiederholt die unzureichende Finanzierung und die unzureichende Zahl der Frauenhausplätze in Baden-Württemberg beklagt. Die 2006 erfolgte Umstellung der Finanzierung auf Tagessätze hat nicht die erhoffte Verlässlichkeit und Sicherheit erbracht. Es gibt weder eine Kostendeckung noch Planungssicherheit. Leidtragende dieser unklaren Finanzierungsgrundlage sind die von Gewalt bedrohten Frauen und Kinder. Die finanzielle Situation der meisten Frauen- und Kinderschutzhäuser in Baden-Württemberg ist prekär.

Besonders erschwert ist die Situation für sog. „Selbstzahlerinnen“, d.h. Frauen mit Kindern, die aufgrund ihres eigenen Einkommens nicht Leistungen nach SGB II erhalten. Diese müssen ihren Aufenthalt selbst finanzieren (die Tagessätze betragen zwischen 35 und 45 Euro.). Sie sind nicht in der Lage, über einen längeren Zeitraum diese Kosten zu übernehmen, weshalb diese Frauen aus finanziellen Gründen früher den Schutzraum verlassen. Die Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände Baden-Württemberg vom 19. Januar 2009 haben hier keine wesentlichen Verbesserungen erbracht.

Frauen- und Kinderschutzhäuser sind seit der Umstellung der Finanzierung auf Tagessätze gezwungen, ihr Haus komplett auszulasten. Dadurch ist es nicht mehr möglich, Notfallplätze im erforderlichen Umfang bereit zu halten. Obwohl die Frauen- und Kinderschutzhäuser im Land gut und eng zusammenarbeiten, kann nicht gewährleistet werden, dass tatsächlich alle in Not geratene Frauen und Kinder sofort einen Schutzraum aufsuchen können. Dies ist nicht akzeptabel.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

1 Die Glaubwürdigkeit von Opferschutzpolitik misst sich allein an den tatsächlichen Ergebnissen,
2 die bei den Menschen erreicht werden. Liberale sind hier in besonderem Maße gefordert, den
3 Opfern von Menschenrechtsverletzungen praktisch und effektiv zur Seite zu stehen.
4
5

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 14

Betr.: Beitritt der Türkei zur Europäischen Union

Antragsteller: Kreisverband Göppingen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP/DVP Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass über den EU- Beitritt der Türkei per Volksabstimmung entschieden wird.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die auf den Grundfesten von Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte, Freiheit und Toleranz aufgebaut ist, die sich aus dem christlichen Glauben entwickelt haben. Diese Werte sind Grundvoraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU. Nach dem EU- Fortschrittsbericht vom 14.10.2009 erfüllt die Türkei diese Kriterien gegenwärtig nicht.

Da sich die Türkei auch weigert, das Ankara - Protokoll zu unterzeichnen, fordert die FDP/DVP Baden-Württemberg weiterhin „ergebnisoffene“ Beitrittsverhandlungen. Letztlich soll eine Volksabstimmung über einen EU- Beitritt der Türkei entscheiden.

Als Alternative setzen wir uns dafür ein, dass die Idee einer privilegierten Partnerschaft als konstruktives Angebot an die Türkei konkretisiert wird:

Die FDP/DVP Baden-Württemberg schätzt die Türkei als besonderen Partner Deutschlands und Europas, was sich auf vielfältigen Gebieten in der Zusammenarbeit, so z.B. auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, gezeigt hat. Die FDP/DVP Baden-Württemberg ist sich auch der Bedeutung der Türkei als Brücke in den nahöstlichen Bereich der islamischen Welt bewusst.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 15

Betr.: Für eine bessere Ernährungskompetenz der Bevölkerung

Antragsteller: Bezirksverband Südbaden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg fordert die Landtagsfraktion auf, in der Landesregierung darauf hinzuwirken alle erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz in der Bevölkerung zu ergreifen oder bestehende zu verstärken.

Eine Verbesserung soll u. a. durch folgende Maßnahmen erreicht werden.

1. Ausbildung der Betreuer und Pädagogen durch geschulte Ernährungsberater, basierend auf wissenschaftlich fundiertem Unterrichtsmaterial.
2. Stärkung und flächendeckender Einsatz der sogenannten „Beki-Fachfrauen“
3. Vermittlung entsprechender Lerninhalte – auf allen schulischen Ebenen
4. Ein, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechendes, „gesundes“ Verpflegungsangebot in Betreuungseinrichtungen und Schulen.

Begründung:

Die Kompetenz im Umgang mit Nahrungsmitteln hat eine zentrale Bedeutung zur Vorbeugung von ernährungsbedingten Krankheiten. Wir wollen einen aufgeklärten und Kompetenten Verbraucher, der Verantwortung für sich und seine Umwelt übernimmt, der Marktzusammenhänge versteht und bewerten kann. Die überaus starke Reglementierung durch Gesetze, Verordnungen und Richtlinien, führt nicht zu einem besseren Essverhalten, das Übergewicht und ernährungsbedingte Erkrankungen reduziert.

Trotz einiger guter Initiativen der Landesregierung an den Schulen, z. B. Beki-Fachfrauen, Broschüren und Fachtagungen muss festgestellt werden, dass zu viele Kinder unregelmäßig und unausgewogen essen, viele ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule kommen. Gleichzeitig sind 18 bis 20 % der Sechs- bis 16-jährigen übergewichtig oder gar fettsüchtig.

Nach unserer Erfahrung ist das Verpflegungsangebot in den Schulen nicht ausreichend, unseren Zielen entsprechend, definiert. Das anzustrebende Ernährungsverhalten kann nur erreicht werden, wenn das Verpflegungsangebot in den Mensen und Cafeterien mit den Zielen, für eine gesunde Ernährung, übereinstimmt.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 16

Betr.: **Novellierung der Hochschulverfassung an den Hochschulen in Baden-Württemberg**

Antragsteller: Prof. Dr. Peter A. Henning, Liberale Hochschulgruppen und weitere Delegierte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg spricht sich für eine Re-Demokratisierung der Hochschulen in Baden-Württemberg aus. Die FDP Baden-Württemberg sieht hierzu als geeignetes Mittel die Stärkung des Senates, in dem traditionell alle Gruppen der Hochschule vertreten sind; sowie die Stärkung der Fakultätsräte, die in fachlicher Verantwortung für die Lehre an den Hochschulen stehen.

Begründung:

Das Landeshochschulgesetz wurde in den vergangenen Jahren mehrfach angepasst. Strukturelle Änderungen der Hochschule wurden dabei teilweise als Umsetzung der Föderalismusreform ausgegeben.

Im Endeffekt verfügen wir über ein Landeshochschulgesetz, das in vielen Bereichen bereits sehr gut ist und liberalen Vorstellungen der autonomen Hochschule entspricht. Allerdings hat es einen Schönheitsfehler, denn es vereint alle wesentlichen Verantwortlichkeiten – von der Struktur- und Entwicklungsplanung bis hin zum Vorschlag der Dekane – in einer Hand, der des Rektors bzw. Vorstandsvorsitzenden.

Der akademische Senat wurde weitgehend entmachtet, hat in vielen Fällen nur noch das Recht zur Stellungnahme.

Auch die Fakultäten haben nicht mehr das Recht, sich ihre Dekane selbst auszusuchen – sogar die Abwahl eines Dekans ist nur noch auf Vorschlag des Rektors bzw. Vorstandsvorsitzenden möglich.

Damit aber fehlt dem Landeshochschulgesetz ein System aus „Checks und Balances“, das gerade an den oft bewunderten amerikanischen Universitäten die dort vorhandene Freiheit und Autonomie erst möglich gemacht hat.

Das Landeshochschulgesetz soll deshalb in dieser Hinsicht überarbeitet werden

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 17

Betr.: **Bildungspolitisches Gesamtkonzept**

Antragsteller: Prof. Dr. Peter A. Henning, Liberale Hochschulgruppen und weitere Delegierte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg wird am Dreikönigstreffen 2011 ein bildungspolitisches Gesamtkonzept beschließen, welches die Vielzahl von einzelnen Beschlüssen der letzten Jahre in Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm in konkrete Handlungsrichtlinien auch für die nächste Landtagswahl umsetzt.

Dabei sollen die Themenkreise

- Kindergarten und Vorschule
- Grundschule
- Weiterführende Schulen
- Berufliche Bildung
- Hochschulen sowie
- Weiterbildung

auf wenigen Seiten so thematisiert werden, dass Bürger sich für eine „Bildungsbiografie“ für sich selbst oder ihre Kinder entscheiden, Schnittstellen und Übergangsmöglichkeiten erkennen und damit ein Ziel der gesamten Bildung sehen können.

Hierzu wird der Landesfachausschuss Bildung und Wissenschaft zusammen mit dem Landesvorstand zum Landeshauptausschuss im Herbst 2010 einen Entwurf vorlegen, der bis zum Dreikönigstreffen 2011 allen Gremien zur Diskussion zur Verfügung steht.

Begründung:

Es ist den Wählern kaum noch vermittelbar, welche Ziele mit welchen Maßnahmen im Bildungsbereich verfolgt werden – und ob sie erreicht werden. Sprachstandsdiagnose, Grundschulempfehlung, Hauptschulabschluss, G8, Bologna-Reform beeinflussen sich gegenseitig – doch keiner weiß, wie genau diese Dinge ineinandergreifen sollen. Es ist deshalb an der Zeit, hier nicht einen, sondern mehrere rote Fäden durchzulegen

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 18

Betr.: **Studierendenproteste in Baden-Württemberg**

Antragsteller: Prof. Dr. Peter A. Henning und weitere Delegierte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg begrüßt die studentischen Aktionen im Lande dem Grunde nach - denn sie zeigen, dass Studierende sich wieder mehr als in den vergangenen Jahren mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzen.

Die FDP Baden-Württemberg sieht jedoch die studentischen Aktionen dem Inhalt nach sehr differenziert.

1. Die FDP Baden-Württemberg unterstützt die Studierenden bei ihrer Forderung nach besseren Studienbedingungen, soweit diese das Engagement der Hochschulen für die Lehre betreffen. Exzellenz muss sich auch in der Lehre zeigen, damit ist nicht vereinbar, Anfängervorlesungen für hunderte von Studierenden von Hilfskräften halten zu lassen. Die Hochschulen des Landes werden deshalb aufgefordert, ihren Studierenden sinnvolle Gruppengrößen, qualifizierte Betreuung und gute Arbeitsbedingungen zu bieten - und zwar mit den vorhandenen Mitteln.

2. Die FDP Baden-Württemberg stellt fest, dass Fehler in der Umsetzung der Bologna-Reform bestehen - allerdings vorwiegend dort, wo Universitäten diese Reform bis auf den letztmöglichen Termin aufgeschoben haben. Die FDP Baden-Württemberg begrüßt deshalb auch die Proteste der Studierenden gegen manche Fehler der neuen Studiengänge, verweist aber auf die genannte Ursache der Reformunwilligkeit mancher Hochschulen und Studienrichtungen. Die FDP Baden-Württemberg fordert gemeinsam mit den Studierenden die Hochschulen auf, Innovation auch in der Lehre zu zeigen und „Reform“ nicht durch Verkürzung, Verknappung und Verschulung zu ersetzen.

3. Die FDP Baden-Württemberg stellt fest, dass tatsächlich ein Unterschied zwischen der beruflichen Qualifikation und dem akademischen Anspruch existiert. Während die berufliche Qualifikation durchaus mit einem Bachelorstudiengang in etwa 7 Semestern erreicht werden kann, setzt das eigene wissenschaftliche Arbeiten einen vertieften Master-Abschluss voraus. In Übereinstimmung mit internationalen Trends, nach denen z.B. für Ingenieure als Regelabschluss der Master zu gelten hat, fordert die FDP deshalb, dass Masterstudiengänge nicht auf eine bestimmte Absolventenquote beschränkt werden dürfen - sondern flächen- und bedarfsdeckend vorhanden sein müssen.

4. Die FDP Baden-Württemberg widerspricht der Forderung der Studierenden nach Abschaffung der Studiengebühren und verweist auf die eigene Beschlusslage: Studiengebühren sollen nicht die staatliche Grundfinanzierung einer akademischen Ausbildung ersetzen. Sondern sie sind wettbewerbliche Mittel, mit der eine Hochschule über eine Mindestausstattung hinaus ihren Aufgaben in der Lehre in besonderem Maße gerecht werden kann. .../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Begründung:

1. Gute Lehre zeichnet sich durch persönliches Engagement der Lehrenden aus, diese persönliche Verantwortung des Einzelnen ist ein liberales Grundprinzip. Immer noch wird dieses Engagement in Berufungen zu wenig berücksichtigt – die im Landeshochschulgesetz festgeschriebene Stellungnahme von Studiendekanen hierzu wird meist als lästige Pflichtübung betrachtet. Gute Lehre beginnt deshalb im Kopf der Lehrenden – und an sie muss der Appell gehen, die Proteste der Studierenden ernst zu nehmen.

2. Die ersten Bachelor- und Masterstudiengänge wurden in unserem Land vor mehr als 10 Jahren eingerichtet. Eine Vielzahl von Erfahrungen, bei denen vor allem die Fachhochschulen federführend waren, zeigen die Machbarkeit der Bologna-Reform: Berufliche Qualifikation in etwa sieben Semestern, akademische Vertiefung mit hohem Anteil auch an freien Arbeitsformen in weiteren ca. 3-4 Semestern. Dabei wurden Fehler gemacht – und inzwischen längst korrigiert. Es ist deshalb nicht akzeptabel, dass eine Minderheit der Hochschulen, Fachrichtungen und Organisationen erstens diese Reform aufgeschoben haben, zweitens amateurhaft umsetzen und drittens ihre Fehler nicht selbst korrigieren. Sondern stattdessen die Proteste von Studierenden anheizen und instrumentalisieren, um pauschale Forderungen nach einer besseren finanziellen Ausstattung zu untermauern. Die Proteste der Studierenden sind deshalb in dieser Hinsicht zwar verständlich – sollten sich aber an die Urheber der Probleme richten, nicht an den Staat.

3. Das ungeheuer angestiegene Weltwissen in allen Bereichen kann nur in einem strukturierten Studium bewältigt werden. Diese Strukturierung sowie die Anwesenheitspflicht im Kerncurriculum sind deshalb keine Einschränkung der akademischen Freiheit, eigene Schwerpunkte zu setzen – sondern sichern die Qualität des Studiums in einer freiheitlichen Wissensgesellschaft. Forderungen nach einer Aufhebung aller Lernstrukturen sind deshalb wirklichkeitsfremd. Ungeachtet dessen ist festzustellen, dass ein siebensemestriges Studium wahrscheinlich nicht ausreichen wird, um einen Absolventen mit genügend Methodenwissen für ein langes Arbeitsleben auszustatten. Den Masterstudiengängen kommt genau diese Bedeutung zu – und das möglicherweise erst nach Jahren der Berufstätigkeit eines Bachelors.

4. Zu Studiengebühren haben wir 2008 einen ausführlichen Beschluss gefasst.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 19

Betr.: **Novellierung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen in Baden-Württemberg – Einführung von Studentenparlamenten**

Antragsteller: Liberalen Hochschulgruppen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg spricht sich für eine Demokratisierung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen in Baden-Württemberg durch die Einführung von Studentenparlamenten als zentralem Mitbestimmungsorgan aus. Mit dem Studentenparlament erhalten die Studenten ein Gremium, um über hochschulpolitische Themen zu diskutieren und mitzuentcheiden. Die Rechte von Minderheiten innerhalb des Studentenparlaments sind unbedingt zu beachten.

Der heute existierende Allgemeine Studentenausschuss (AStA) wird durch das Exekutivorgan ersetzt. Die FDP Baden-Württemberg spricht sich für eine klare personelle und institutionelle Trennung von Legislative (Studentenparlament) und Exekutive (Exekutivorgan) aus. Das Exekutivorgan wird vom Studentenparlament gewählt, beauftragt und kontrolliert.

Eine Verlagerung der Kompetenzen an sonstige Konstruktionen, wie bspw. unabhängige Modelle, wird abgelehnt.

Begründung:

Die derzeitige Situation der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen im Land ist in vielerlei Hinsicht mangelhaft:

- Wahlen zum AStA werden oft nicht in ausreichendem Maße angekündigt, so dass der Großteil der Studenten nicht erfährt, dass überhaupt eine Wahl stattfindet.
- Die ASten tagen nach ihrer Wahl nur ein einziges Mal und geben ihre Kompetenzen an sogenannte unabhängige Modelle ab, deren Entscheidungsfindungsprozesse komplett intransparent ablaufen.
- ASten bekommen von der Hochschule Geldmittel, um für die Studenten arbeiten zu können. Die Mittelverwendung ist durch die Kompetenzverlagerung an ein unabhängiges Modell für Hochschule und Studenten gleichermaßen nicht mehr nachvollziehbar.

Die Einführung eines demokratisch legitimierten Studentenparlaments, das die Kompetenzverlagerung an unabhängige Modelle ausschließt, macht die studentische Mitbestimmung für die große Masse der Studenten überhaupt erst wieder interessant! Die derzeitige Praxis totaler Intransparenz ist für demokratisch geprägte Studenten unattraktiv, was neben der nicht ausreichenden Ankündigung von Wahlen, zu geringen Wahlbeteiligungen führt.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

1 Wenn eine linke Mehrheit den AStA nach jeder Wahl ohnehin entmachtet, dann ist die
2 Sinnhaftigkeit einer Wahl den Studenten nicht vermittelbar. Dies ist ein massiver Missbrauch des
3 derzeitigen Systems, der dazu genutzt wird, die bürgerlichen Gruppen aus dem
4 Entscheidungsprozess auszuschließen und diese vom Informationsfluss abzuschneiden.
5 Unabhängige Modelle dienen nur einem einzigen Zweck: dem Machterhalt von linken und
6 ultralinken Gruppen.

7
8 Es kommt hinzu, dass die Hochschulen in den unabhängigen Modellen keinen demokratisch
9 legitimierten Ansprechpartner haben und dessen Vertreter daher auch nicht für die Studenten
10 sprechen können. Erst mit der Einführung von Studentenparlamenten haben die Hochschulen
11 wieder studentische Ansprechpartner, die sich auch so nennen können.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 20

Betr.: Mediensozialismus abschaffen – Drittsende­verpflichtung sorgt für Pfründe, nicht für Vielfalt

Antragsteller: Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bisher ist in einer privaten Fernsehsendergruppe der Fernsehsender, der mindestens 10% des Zuschauermarktanteils erreicht, dazu verpflichtet, einen Teil seiner Sendezeit für Fensterprogramme zur Verfügung zu stellen. Diese Programme werden ohne Einfluss der Fernsehsender von Dritten produziert. Die Sender müssen diese Drittprogramme voll finanzieren und dafür Preise bezahlen, die von den Landesmedienanstalten maßgeblich bestimmt werden.

Das System der Drittsende­verpflichtung soll Meinungsvielfalt im Fernsehprogramm sicherstellen. Stattdessen setzt das System falsche Anreize bei Produktionsfirmen und sorgt für schlecht produzierte Programme mit niedrigen Einschaltquoten. Fernsehsender werden gezwungen, willkürlich ausgewählten Unternehmern konkurrenzlos minderwertige Produkte abzukaufen und zu senden.

Die FDP Baden-Württemberg befürwortet eine strenge Konzentrationskontrolle im Medienbereich, um Meinungsvielfalt zu sichern. Sie fordert aber die zügige Abschaffung der Drittsende­verpflichtung.

Begründung:

Die Preise für im Rahmen der Drittsende­verpflichtung produzierte Sendungen sind meist um ein vielfaches höher als deren Marktwert. Die Landesmedienanstalten vergeben die Aufträge für Drittprogramme für viele Jahre und sichern somit ausgesuchten Unternehmern eine Monopolstellung. Die produzierten Sendungen erreichen fast ausschließlich schlechtere Marktanteile als vergleichbare Eigenproduktionen der Fernsehsender. Das System der Konzessionsvergabe durch die Landesmedienanstalten hebt jede Form von qualitativem Wettbewerb aus, für die Produktionsfirmen geht es ausschließlich um die Erhaltung ihrer Konzession. Durch die enge Verflechtung der Medienaufsicht mit der Politik geht es im Wettbewerb um diese Konzessionen nicht um Qualität, sondern um politische Lobbyarbeit. Dritt­sendungen, darunter zum Beispiel Regionalprogramme in verschiedenen Bundesländern sowie die Sendungen Planetopia und SZ-TV, werden daher maßgeblich von einer kleinen Anzahl eng mit der Politik verflochtenen Unternehmer produziert.

Sowohl Sendezeit als auch Gesamtminutenanzahl der Dritt­sendungen sind genau festgelegt. Kommt ein Fernsehsender seiner Sende­verpflichtung nicht oder nur mit – auch geringer – Verzögerung nach, muss er kein Bußgeld an den Staat zahlen, sondern weitere Fensterprogramme einrichten und vom gleichen Unternehmer zu gleichen Preisen weitere Sendungen bestellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 21

Betr.: „Die Gedanken sind frei...“ – Kein Gesinnungsstrafrecht in Deutschland

Antragsteller: Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg wendet sich gegen den Trend, im Zuge der Terrorismusbekämpfung immer mehr rechtsstaatliche Grundsätze aufzuweichen oder aufzugeben. Insbesondere die Pläne, strafbare Handlungen so weit ins Vorfeld zu verlegen, dass ein möglicher Tatbezug kaum noch zu erkennen ist, lehnen wir ab. Menschen dürfen nur für Dinge bestraft werden, die sie auch getan haben, nicht aber für Dinge, die sie irgendwann einmal tun könnten.

Deshalb lehnt die FDP Baden-Württemberg auch den Entwurf eines „Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Straftaten“ ab und fordert die FDP/DVP-Landtagsfraktion sowie ihre Vertreter in der Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine Ablehnung dieses Gesetzes einzusetzen.

Kriminalprävention ist nicht Sache des Strafrechts, sondern Sache der Polizei- und Ordnungsbehörden. Sollten diese Behörden nicht in der Lage sein, diese Prävention ausreichend zu gewährleisten, müssen sie personell und finanziell verstärkt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 22

Betr.: Abschaffung der Zweitwohnungssteuern in Baden-Württemberg
auf Landesebene und Neuregelung des kommunalen
Finanzausgleichs

Antragsteller: Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg fordert die landesweite Abschaffung der in einzelnen Gemeinden bereits eingeführten Zweitwohnungssteuern in Baden-Württemberg und eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs, sodass dieser einen hohen Anteil von Zweitwohnsitzen in Kommunen berücksichtigt. Ein Wettbewerb um die Anmeldung des Hauptwohnsitzes von Studierenden und Berufspendlern durch eine belastende Zweitwohnsitzsteuer muss vermieden werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 23

Betr.: Für die sofortige Aufnahme einer Schuldenbremse in die baden-württembergische Landesverfassung!

Antragsteller: Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen.

Das Ergebnis der Verhandlungen der Föderalismuskommission II stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Jedoch ist die Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz im Jahr 2016 und in die Länderverfassungen ab dem Jahr 2020 zu spät und verschiebt die Verantwortung hierfür auf die nächste Politikergeneration. Ebenso wurden keinerlei Sanktionsmaßnahmen bei Nichteinhalten der Schuldenbremse vereinbart.

Deshalb sieht die FDP das Land Baden-Württemberg auch hier in einer Vorreiterrolle. Wir plädieren für eine sofortige und konsequente Schuldenbremse in der Landesverfassung von Baden-Württemberg, die eine Neuverschuldung nur in wirtschaftlichen Krisenzeiten oder bei Eintreten von unerwarteten Katastrophen aufgrund höherer Gewalt gestattet. Die Aufhebung in diesen Notsituationen bedarf eines Beschlusses durch die Stimmen von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages. Ebenso muss ein konkreter Schuldentilgungsplan vorgelegt werden. Investitionen in die Zukunft sollen weiterhin möglich sein. Voraussetzung hierfür ist ein Refinanzierungsplan, der ebenfalls von 2/3 des Landtags absegnet werden muss. Die FDP Baden-Württemberg sieht die Schuldenbremse als zwingende Voraussetzung für einen nachhaltigen Schuldenabbau an. Nur so kann eine zukunftsorientierte Politik gewährt werden, die nicht zu Lasten der kommenden Generationen erfolgt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTT GART

Antrag Nr. 24

Betr.: Herabsetzung des Casinozutrittsalters auf 18 Jahre

Antragsteller: Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mit 18 Jahren erreicht der deutsche Bundesbürger die Volljährigkeit und wird geschäftsfähig. Mit der Geschäftsfähigkeit wird dem Bürger die Fähigkeit zugesprochen, sein Geld selbständig zu verwalten und Verträge zu schließen. Dies sollte auch im Falle von Glücksspielen, insbesondere in Casinos, gelten. Während man schon mit 18 Jahren an Automaten spielen darf und auch das Lotto spielen mit der Volljährigkeit erlaubt ist, sind Casino-Besuche derzeit erst ab 21 Jahren gestattet.

Die FDP Baden-Württemberg fordert daher eine Änderung des Casinozutrittsalters im baden-württembergischen Spielbankgesetz auf 18 Jahre.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 25

Betr.: „Barrierefrei statt Hürdenlauf“ – Grundsätze einer liberalen Politik für Menschen mit Behinderung

Antragsteller: Junge Liberale

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Baden-Württemberg bekennt sich zu einer freien und vielfältigen Gesellschaft, in der sich Menschen mit und ohne Behinderung frei entfalten können und respektvoll miteinander leben und umgehen. Das Recht auf selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des Lebens darf niemandem aufgrund körperlicher, geistiger oder seelischer Einschränkungen verwehrt bleiben. Für uns Liberale sind Menschen mit Behinderung keine Last, sie sind gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Ihre Unterstützung ist kein barmherziges Almosen, sondern eine staatsbürgerliche Pflicht.

Barrierefreiheit beginnt im Kopf. Viele Hürden beruhen auf falschen Vorstellungen, Unverständnis und mangelndem Zutrauen. Noch immer fehlt ein öffentliches Bewusstsein für die alltäglichen Probleme und Herausforderungen, aber auch für die Fähigkeiten und Leistungen vieler Menschen mit Behinderung. Berührungsängste und Vorurteile gilt es daher abzubauen. Der Anteil schwer beeinträchtigter Menschen wird durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft weiter steigen, gleichzeitig macht der technologische Fortschritt physische Barrieren oftmals überwindbar. Die Politik muss rechtliche Benachteiligungen beseitigen, Verantwortungsbewusstsein fördern und den Abbau physischer und mentaler Hürden aktiv fördern. Wir wollen keinen bürokratischen Hürdenlauf, sondern gelebte Solidarität. Jeder Einzelne ist gefordert, eigene Beeinträchtigungen oder die seiner Mitmenschen nicht zur gesellschaftlichen Benachteiligung werden zu lassen. Dafür leisten ehrenamtliche Helfer und Familienangehörige jeden Tag einen wertvollen Beitrag.

Die Ursachen und Ausprägungen einer Behinderung sind so vielfältig wie die Menschen, die mit ihnen leben, und deren Lebenssituationen. So erfordert eine geistige Beeinträchtigung andere Unterstützungsmaßnahmen als körperliche oder seelische Behinderungen. Auf die unterschiedlichen Bedürfnisse all jener Menschen wollen wir eingehen. Ihnen allen gilt jedoch unser zentrales Anliegen: Wir wollen physische und gesellschaftliche Hürden abbauen, um ein gemeinsames Leben in Freiheit und Vielfalt zu ermöglichen.

Teilhabe durch Selbstbestimmung

Menschliches Leben mit Behinderung ist nicht weniger wert als eines ohne Beeinträchtigungen. Daher lehnt die FDP unterschiedliche Abtreibungsfristen für ungeborenes Leben mit oder ohne eine voraussichtliche Behinderung ebenso strikt ab wie ein Zeugungsverbot für Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit behindertes Leben zeugen werden. Das liberale Menschenbild stellt das Individuum in seiner Einzigartigkeit in den Mittelpunkt und ist mit der Idee eines vermeintlich perfekten Menschen unvereinbar.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr.25

1
2
3
4 Weniger als 5% aller Schwerbehinderungen sind angeboren, die meisten Menschen erleiden
5 schwere körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen also erst im Laufe ihres
6 Lebens. Medizinische Prävention, Früherkennung und die Vermeidung von Unfallschäden können
7 dazu beitragen, solche Einschränkungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Rehabilitation muss
8 auch in der Praxis Vorrang vor Pflege haben. Die zeitnahe Prüfung und Anerkennung neuer
9 Hilfsmethoden durch die Krankenkassen sorgt dafür, dass der technologischen Entwicklung auch
10 praktische Fortschritte folgen. Umfangreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung sind
11 unerlässlich, um vermeidbare Beeinträchtigungen vorzubeugen und schon entstandene
12 Einschränkungen bestmöglich zu kompensieren. Forschung gegen den mutmaßlichen oder
13 tatsächlichen Willen von betroffenen Personen lehnt die FDP jedoch entschieden ab. Der vor
14 Verlust der Einwilligungsfähigkeit geäußerte Wille des Betroffenen hat dabei stets Vorrang vor
15 späteren Mutmaßungen oder Äußerungen Dritter.
16

17 Eine Behinderung ist in der Regel mit einem besonderen finanziellen Förderbedarf verbunden, um
18 physische Barrieren zu überwinden und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Mit dem
19 erweiterten Bürgergeld wollen wir die Menschen unterstützen, die diesen Bedarf nicht aus
20 eigener Kraft decken können. Die FDP begrüßt die Einführung des Persönlichen Budgets, durch
21 das behinderte Menschen auf Wunsch bedarfsabhängige Geld- statt Sachleistungen beantragen
22 können. Die Wunsch- und Wahlfreiheit behinderter Menschen und ihre Position gegenüber
23 Einrichtungen der Behindertenhilfe werden so deutlich gestärkt. Das Persönliche Budget soll
24 künftig zur Regel werden und bisherige Dienst- und Sachleistungen schrittweise ersetzen. Um
25 das Förderangebot von der kommunalen Finanzlage zu entkoppeln und Barrierefreiheit vor Ort
26 nicht mit steigenden Sozialausgaben zu bestrafen, soll die kommunale Eingliederungshilfe durch
27 eine Geldleistung des Bundes ersetzt werden. Langfristig wollen wir sämtliche Sozialleistungen
28 zur Sicherung der Teilhabe behinderter Menschen transparent und unbürokratisch zu einem
29 Budget zusammenfassen. Als bedarfsabhängige Aufstockung des liberalen Bürgergelds soll es
30 direkt vom Finanzamt ausgezahlt werden. Art und Schwere der Behinderung werden bei dieser
31 Aufstockung ebenso berücksichtigt wie der Pflege-, Förder- und Beaufsichtigungsbedarf. Bei
32 einer Verwaltung der Geldleistungen durch einen Vormund müssen Prüfungen der
33 zweckgemäßen Verwendung möglich sein, um Missbrauch zu vermeiden. Mit einer schrittweisen
34 Umstellung auf ein kapitalgedecktes Kranken- und Pflegeversicherungssystem will die FDP
35 behinderten Menschen außerdem eine demografiefeste medizinische Versorgung und Pflege
36 gewährleisten, die sich an den Bedürfnissen der Versicherten und Patienten orientiert und
37 Wahlfreiheit garantiert.
38
39

40 **Teilhabe an Bildung**

41
42 Die frühkindliche und schulische Bildung eines Menschen legt den Grundstein für seine weitere
43 Entwicklung. Schon im Kindergarten müssen Kinder mit Behinderung nach ihren Möglichkeiten
44 gefördert werden, damit ihnen der ihren Fähigkeiten entsprechende Bildungsweg nicht verwehrt
45 bleibt. Mehr Jugendliche mit Behinderung sollen künftig einen qualifizierten Schulabschluss
46 erreichen. Das Zusammenleben von Kindern mit und ohne Behinderung soll in möglichst
47 gemischten Gruppen schon im Kindergarten zur Selbstverständlichkeit werden. Wer in frühen
48 Jahren behinderte Freunde findet, wird behinderte Menschen auch später nicht ausgrenzen.
49 Daraus resultiert, dass Menschen mit Behinderung im Kontakt mit Menschen ohne Behinderung
50 selbstbewusster auftreten. .../3

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 25

1
2
3
4 Auch in der Schule profitieren Jugendliche mit und ohne Behinderung gegenseitig davon, in
5 gemeinsamen Klassen unterrichtet zu werden. Gemeinsamer Unterricht muss die Regel werden,
6 um Lernerfolge und soziale Kompetenzen nicht durch eine künstliche Abgrenzung zu hemmen.
7 Ein zunehmend barrierefreier Ausbau von Schulgebäuden ist dafür ebenso notwendig wie die
8 fachpädagogische Weiterbildung von Lehrern und Betreuern, eine Ausstattung der Schulen mit
9 barrierefreien Lernhilfen, spezielle Betreuungsangebote und die Einführung zieldifferenzierter
10 Bildungspläne. Schon in ihrer Ausbildung sollen künftige Lehrkräfte lernen, mit häufig
11 auftretenden Behinderungen umzugehen. Spezialisierte Fachkräfte zur individuellen Betreuung
12 und zur Unterstützung des inklusiven Lehrbetriebs sollen im Rahmen der Schulautonomie
13 eingestellt werden können. Im Rahmen des Persönlichen Budgets sollen körperlich oder geistig
14 behinderte Schüler darüber hinaus Nachhilfelehrer für die Aufarbeitung des Lernstoffs finanzieren
15 können. Schulbuchverlage fordern wir auf, künftig sämtliche Lehrmaterialien für sehgeschädigte
16 Schüler auch in akustischer oder ertastbarer Form zur Verfügung zu stellen. Die Bereitstellung
17 von Computern mit Braillezeilen erlaubt blinden Schülern den Zugang zu digitalisierten
18 Dokumenten und Recherchemöglichkeiten im Internet.

19
20 Schulen mit einem höheren Anteil an Schülern mit Behinderung sollen zusätzliche Landesmittel
21 zur Verfügung stehen, damit gemeinsamer Unterricht nicht zu Einsparungen an anderer Stelle
22 führen muss. Über die Einrichtung von Außenklassen sollen sie eigenständig entscheiden dürfen.
23 Die Aufhebung der Sonderschulpflicht in Baden-Württemberg war eine richtige Entscheidung,
24 eine generelle Abschaffung aller Sonderschulen lehnt die FDP jedoch ab. Lediglich die
25 Schultypen, die sich auf ausschließlich körperliche Beeinträchtigungen spezialisiert haben, sollen
26 zunehmend in Regelschulen umgewandelt werden.

27
28 Bei sehr schweren Behinderungen kann der Besuch einer Sonderschule mit spezialisierten
29 Fachkräften und einem schützenden Raum im Einzelfall die bessere Wahl sein. Dies soll dann
30 möglich sein, wenn die gesamtheitlichen Entwicklungschancen des Kindes dort besser gefördert
31 werden können als in einer Regelschule. Nicht die Pflege, sondern die individuelle Förderung und
32 Bildung der Schüler muss der Maßstab sein. Grundsätzlich sollen Eltern eine freie Wahl zwischen
33 Sonder- und Regelschule für ihr Kind haben. Kann das Kind gegen den Elternwillen an einer
34 anderen Schulform erheblich besser gefördert werden, liegt die Beweislast dafür bei der
35 zuständigen Behörde. Im Zweifel erfolgt eine richterliche Prüfung auf der Grundlage mindestens
36 zweier unabhängiger Gutachten. Diese Regelung setzt das Kindeswohl an oberste Stelle, ohne die
37 elterliche Wahlfreiheit zu vernachlässigen. Auch Regelschulen sollen verstärkt mit Sonderschulen
38 kooperieren, um Berührungspunkte abzubauen und gegenseitige Lernerfolge zu fördern. Dafür
39 wird jeder Regelschule ein jährliches Budget von 60 Arbeitsstunden zur Verfügung gestellt, das
40 sie für ein gemeinsames Projekt mit einer Sonderschule verwenden muss. Die konkrete
41 Ausgestaltung dieser Stunden liegt in der Verantwortung der Schulen, die sich mit ihrem Konzept
42 bei den Sonderschulen um eine Kooperation bewerben.

43
44 Mit dem Schulabschluss endet der Anspruch auf einen gleichberechtigten Zugang zu
45 lebenslanger Bildung nicht. In Werkstätten soll eine gezielte Weiterbildung für Menschen mit
46 geistiger oder psychischer Behinderung vermittelt werden. Im Rahmen des Persönlichen Budgets
47 sollen Begleitpersonen für die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten finanziert werden können.
48 Informationsangebote der öffentlich-rechtlichen Medien müssen weitgehend barrierefrei gestaltet
49 sein und öffentliche Bibliotheksbestände sollen zunehmend digitalisiert werden.

50 .../4

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 25

Auch die berufliche Bildung und das Hochschulstudium müssen behinderten Menschen zugänglich gemacht werden, wie es mit vollständig barrierefreien Betriebs- und Hochschulgebäuden, technischen Hilfsangeboten, digital verfügbaren Lernmitteln, speziellen Beratungsangeboten, flexiblen Studienzeiten und Prüfungsbedingungen möglich ist.

Die bereits sehr vielfältigen Angebote an Hochschulen gilt es durch eine nachhaltige Finanzierung in der praktischen Umsetzung auszubauen.

Teilhabe an der Gesellschaft

Die Umsetzung von Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung ist eine Herausforderung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Ihre Selbstbestimmung und Wahlfreiheit muss dabei stets im Vordergrund stehen. Kommunen haben im Städtebau, in der Gestaltung öffentlicher Plätze, Gebäude und Verkehrswege, mit dem Angebot örtlicher Schulen, Fördermaßnahmen und Integrationsprojekten einen erheblichen Einfluss auf die Lebenssituation und Einstellungen der Menschen vor Ort. Aus diesem Grund sollen die Kommunen alle Neubau- und Sanierungsvorhaben öffentlicher Gebäude, Institutionen und Plätze bezüglich der Barrierefreiheit für behinderte Menschen kritisch prüfen. Die Landespolitik steht vor der Aufgabe, behinderten Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Bildungswesen zu verschaffen. Auf Bundesebene lässt sich gelebte Barrierefreiheit durch einen rechtlichen Rahmen für Fragen der finanziellen Förderung und des Arbeitsmarkts, technologische Weiterentwicklungen und Mindeststandards in Wirtschaft und Gesellschaft umsetzen.

Vereine und Verbände haben eine große Verantwortung, Menschen mit Behinderung über eine rein rechtliche Gleichstellung hinaus aktiv in das alltägliche Leben der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Zahlreiche Sport- und Kulturvereine leisten schon jetzt eine hervorragende Arbeit. So verbindet der Behindertensport gesundheitlichen Fortschritt mit gesellschaftlicher Inklusion und selbstverständlicher Wahrnehmbarkeit. Damit dieses Engagement nicht zu einer Abschottung zweier Parallelwelten behinderter und nicht-behinderter Sportler führt, wollen wir möglichst enge Kooperationen oder Eingliederungen in reguläre Vereine fördern. Aus dem gleichen Grund fordern wir die Dachverbände der Sportarten dazu auf, Sportler mit Behinderungen die Teilnahme an regulären Sportveranstaltungen zu ermöglichen, wenn dadurch der Grundsatz der Gleichheit im Sport nicht gefährdet wird.

Teilhabe an Kultur und Medien setzt außerdem einen barrierefreien Zugang zu Fernsehen und Internet voraus. Webdesigner und Fernsehanstalten sind gleichermaßen gefordert, die neuen technischen Möglichkeiten zu nutzen. Insbesondere bei öffentlich mitfinanzierten Angeboten haben behinderte Bürger und Steuerzahler einen Anspruch auf deutliche Verbesserungen. So soll das gesamte öffentlich-rechtliche Fernsehangebot in wenigen Jahren vollständig untertitelt sein. Politik- und Bildungsprogramme haben dabei oberste Priorität, um hörgeschädigte Zuschauer nicht weiter aus dem politischen Leben fernzuhalten. Staatlich bezuschusste Schauspiel- und Opernaufführungen sind auch dann mit Übertiteln zu versehen, wenn sie in deutscher Sprache dargeboten werden. Ebenso fordern wir einen nach den aktuellen technischen Standards weitgehend barrierefreien Zugang zu öffentlich finanzierten Onlineauftritten.

.../5

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 25

1
2
3
4 Ein rollstuhlgerechter Zugang zu sämtlichen staatlich mitfinanzierten Veranstaltungen,
5 Ausstellungen und Museen muss gewährleistet sein, sofern dem keine unvermeidbaren baulichen
6 Zwänge historischer Gebäude entgegenstehen. Für private Medien- und Kulturangebote regen wir
7 freiwillige Standards für einen weitgehend barrierefreien Zugang an. Die sichtbare Präsenz
8 solcher Angebote kommt auch anderen Gruppen wie Senioren, Schwangeren oder Menschen mit
9 geringen Deutschkenntnissen zu Gute und soll das öffentliche Bewusstsein für die Bedürfnisse
10 behinderter Menschen schärfen.

14 Teilhabe an der Wirtschaft

15
16 Menschen mit Behinderung sind auch im wirtschaftlichen Leben ein großes Potenzial, auf das wir
17 nicht verzichten wollen. Zahlreiche gut gemeinte Sonderregeln und bürokratische Auflagen für
18 behinderte Arbeitskräfte wirken ihrer Einstellung auf dem regulären Arbeitsmarkt bisher aber eher
19 entgegen, als dass sie diese fördern. Durch eine Abschaffung des erweiterten
20 Kündigungsschutzes wollen wir die Einstellung behinderter Menschen wieder attraktiver
21 gestalten. Der Rechtsanspruch auf bezahlten Zusatzurlaub muss auf eine Aufstockung des
22 gesetzlichen Mindesturlaubs begrenzt sein, um auch diese Beschäftigungsbremse
23 einzuschränken. Die aus der gesellschaftlichen Pflicht zur Integration behinderter Menschen
24 entstehenden Kosten zur Kompensation von Hürden im Arbeitsalltag sollen künftig nicht
25 integrationswilligen Unternehmen aufgebürdet, sondern von der gesamten Gesellschaft getragen
26 werden. Als Beschäftigungsanreiz sollen private Unternehmen deshalb unabhängig von der
27 Unternehmensgröße einen staatlichen Zuschuss pro Monat und schwerbehindertem
28 Arbeitnehmer erhalten. Für den öffentlichen Sektor soll die Beschäftigungsquote
29 schwerbehinderter Mitarbeiter von derzeit 5% hingegen beibehalten werden. Bis zu einer solchen
30 Reform muss sich die Höhe der Quote am tatsächlichen Angebot an Arbeitskräften orientieren,
31 um den Unternehmen keine unerfüllbaren Pflichten aufzuerlegen. Daher lehnen wir eine
32 Quotenerhöhung derzeit ab.

33
34 Werkstätten sind für viele Menschen mit Behinderung die einzige Möglichkeit zu arbeiten. Sie
35 sind jedoch in erster Linie Bildungseinrichtungen und erst zweitrangig gewinnorientierte
36 Produktionsstätten. In keinem Fall dürfen sie ein beschäftigungstherapeutisches Abstellgleis
37 werden. Durch sinn- und anspruchsvolle Tätigkeiten sowie eine individualisierte Förderung sollen
38 möglichst viele Menschen zu einem Übergang in den regulären Arbeitsmarkt befähigt und dorthin
39 vermittelt werden. Zahlreiche Integrationsfachdienste leisten vor Ort bereits eine hervorragende
40 Arbeit zur Vermittlung von Menschen mit Behinderung in reguläre Arbeitsverhältnisse. Dies
41 wollen wir fördern und unternehmerischen Vorbehalten gegenüber einer vermeintlich geringeren
42 Leistungsfähigkeit behinderter Arbeitnehmer durch Aufklärung und Pilotprojekte in
43 Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden entgegenwirken.

44
45 Vor allem im Einzelhandel bleibt Konsumenten mit Behinderung oftmals der barrierefreie Zugang
46 verwehrt. Mit gezielten Informationsangeboten soll bei Unternehmern ein Bewusstsein für die
47 speziellen Bedürfnisse von Kunden mit Behinderung geschaffen und mögliche Wege zum Umgang
48 mit diesen Bedürfnissen aufgezeigt werden. In Berufsschulen sollen praxisnahe Kenntnisse zum
49 Umgang mit körperlich oder geistig beeinträchtigten Kunden vermittelt werden. .../6

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 25

Ein bundesweites Zertifikat zur Kennzeichnung barrierefreier Geschäfte soll den Wettbewerb um behindertenfreundliche Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen stärken. Auch auf Webseiten, Reise- und Freizeitangebote kann dieses Label ausgeweitet werden.

Teilhabe an Mobilität

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie scheitert in vielen Fällen daran, dass Gebäude und Verkehrsmittel immer noch nicht vollständig barrierefrei zugänglich sind. Öffentliche Gebäude sind weiterhin im Zuge von Sanierungen und Neubauten barrierefrei auszugestalten.

Neben einer stufenfreien Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrer sind dabei niedrig angebrachte Bedienelemente und kontrastreiche Farben zu verwenden.

Durch staatlich geförderte Kredite wollen wir Sanierungen zur Schaffung von Barrierefreiheit auch im privaten Wohnungsbau fördern.

Sämtliche Angebote des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sollen behinderte Fahrgäste künftig selbstständig, barrierefrei und flexibel nutzen können. Insbesondere im ländlichen Raum und im Busverkehr gibt es immer noch erheblichen Nachholbedarf. Der barrierefreie Zugang muss daher absolutes Auswahlkriterium für künftige Ausschreibungen im öffentlichen Personenverkehr werden. Je nach Art und Ausmaß ihrer Behinderung stehen Fahrgäste im alltäglichen Nah- und Fernverkehr vor unterschiedlichen Hürden. Das barrierefreie Ein-, Aus- und Umsteigen soll mittelfristig an allen Bahnhöfen und Haltestellen, zu allen Uhrzeiten und in alle Fahrzeuge auch ohne frühzeitige Anmeldung und mit ausreichenden Umsteigezeiten möglich sein. Der Einstieg muss demnach stufenlos, ohne große Zwischenspalten und neigungsarm gestaltet sein. Rollstuhlgerechte Abteile oder Bereiche in allen Fahrzeugen sollten schon jetzt eine Selbstverständlichkeit sein. Solange dies vor allem im Nahverkehr noch nicht flächendeckend erreicht ist, sollen nicht rollstuhlgerechte Fahrzeuge in den Fahrplänen entsprechend gekennzeichnet werden. An Bahnsteigen, die nur per Aufzug barrierefrei zugänglich sind, muss der rollstuhlgerechte Zugang auch für den Fall technischer Defekte garantiert werden. Niedrige Bedienelemente erleichtern kleinwüchsigen und Rollstuhl fahrenden Fahrgästen das Reisen erheblich. Kurzfristige Durchsagen zu Gleiswechseln und Zugausfällen sind immer auch visuell anzuzeigen, um hörgeschädigten Fahrgästen wichtige Informationen nicht vorzuenthalten. Von stärkeren Kontrasten und einer vereinfachten Menüführung an Fahrkartenautomaten profitieren insbesondere Menschen mit einer eingeschränkten Sehfähigkeit. An stark frequentierten Haltestellen fordern wir eine zunehmende Einführung akustischer Linien- und Fahrzielansagen. Auch im Nahverkehr können akustisch verfügbare Fahrplaninformationen, eine kontrastreiche Farbgestaltung und taktile oder akustische Orientierungshilfen die Reisefreiheit sehgeschädigter Fahrgäste stärken.

Auch die Kommunen sind gefordert, Barrieren abzubauen. So soll ein flächendeckendes Konzept entwickelt werden, das die Teilnahme von behinderten Mitbürgern im Straßenverkehr ermöglicht. Besonders bei stark frequentierten Straßen und Plätzen ist bei Sanierungen darauf zu achten, dass Orientierungssysteme für Sehbehinderte und Blinde geschaffen werden, beispielsweise unterschiedliche Bodenstrukturen, wie sie bereits erfolgreich an Bahnhöfen eingesetzt werden.

.../7

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

105. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2010 IN STUTTGART

Antrag Nr. 25

Diese Systeme verbessern die Situation von Ortsunkundigen und vereinfachen die selbstständige Reisegestaltung von Menschen mit Behinderung. Ebenso sollen mittelfristig alle Fußgängerampeln behindertengerecht ausgestaltet werden. Europaweit soll hierbei ein einheitliches Rahmenkonzept entwickelt werden.

Teilhabe in der Welt

Die Unterstützung von Menschen mit Behinderung ist eine Frage der Menschenwürde. Die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 ist ein großer internationaler Erfolg, der einen enormen Handlungsbedarf erkennen lässt. Weltweit soll sich die deutsche Bundesregierung daher für eine Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen einsetzen. Die Bekämpfung von Armut, Unterernährung und Wassermangel sowie Hygienemaßnahmen, HIV-Prävention, Schutzimpfungen, Landminenräumung und eine friedliche Konfliktlösung sind insbesondere in Entwicklungsländern wirksame Maßnahmen, um körperliche, geistige und seelische Beeinträchtigungen an der Wurzel vorzubeugen.

Ein ausgebautes Gesundheitssystem, Aufklärung und ein wirksamer Schutz vor Ausgrenzung oder gewaltsamer Unterdrückung sind für behinderte Menschen oftmals lebenswichtig. Internationale Standards und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung mit finanzierbaren technischen Hilfsmitteln können die Lebenssituation in weiten Teilen der Welt verbessern. Um die Reisefreiheit behinderter Menschen auch in entwickelten Industriestaaten wirksam voranzubringen, ist eine intensivere Kooperation auf europäischer und globaler Ebene notwendig. Die gegenseitige Anerkennung von Schwerbehindertenausweisen in den europäischen Mitgliedsstaaten ist dabei ein wichtiger erster Schritt. Auch bei der Durchführung von Einbürgerungstests sollen deutsche Behörden auf vollständige Barrierefreiheit achten.

Teilhabe bei uns!

Jeder Einzelne ist gefordert. Wir Liberale erkennen unsere eigene Verantwortung und werden künftig sämtliche Veranstaltungen der Landespartei weitgehend barrierefrei zugänglich machen. Rollstuhlfahrer sollen alle Veranstaltungsräume stufenfrei erreichen können. Sehgeschädigte Teilnehmer sollen leicht zugängliche Sitzplätze und auf Anfrage sämtliche Tagungsdokumente in digitalisierter oder akustischer Form erhalten. Sämtliche Image- und Wahlwerbepots der Landespartei werden wir mit Untertitel anbieten. Die Bundespartei und unsere Untergliederungen ermutigen wir, bei eigenen Veranstaltungen ebenfalls auf Barrierefreiheit zu achten. Das politische Engagement von Menschen mit Behinderung ist eine Bereicherung für den Liberalismus, dem wir keine vermeidbaren Hindernisse in den Weg stellen wollen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig